

UNIA

UNIA

DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

SO NICHT!

work

150 Franken:

Die Bau-Büezer fordern mehr Lohn. Seite 4

Streik auf dem Lago Maggiore

Ahoi!

Zornige Matrosen, solidarisches Tessin Seite 2



FOTOS: TIPRESS, FRANZISKA SCHEIDEGGER, ZVG

Lohnleichheit: Island kann es



Gewerkschafterin Marianna Traustadóttir erzählt im work-Interview, wie Island zu seinem wegweisenden Gesetz kam. Seite 3

Revolution von unten rollt

Darum sind Sanders, Corbyn & Co. so erfolgreich. Das Dossier Seiten 8-9

Der rechte Hass auf die AHV

- Anaconda rechnet mit Gössi ab Seite 2
- Erhellender Rückblick auf 1947 Seite 5



workedito
Oliver Fahrni

DIE WELT TANZT

Eigentlich möchten wir jetzt gar nicht in die Sommerpause. Viel zu aufregend, was da gerade geschieht: Überall nehmen die Leute ihr Schicksal wieder in die eigenen Hände.

NOTFALLS LAUT. Höchste Zeit, finden sie, das Wort zu ergreifen. In Frankreich rufen sie: «Dégagez!» Haut ab! Haut ab, ihr, die unsere Jobs vernichtet, damit ein paar Aktionäre mehr Gewinn einstreichen. Weg mit euch, ihr, die unsere Zukunft und unsere Lebenschancen verfressen. Macht den Abgang, ihr, die das Klima auf-

heizt und uns in unermessliche Katastrophen führt. In den Orkus mit euch, die an allen Ecken der Welt Kriege für ein paar Fässer Öl anzettelt. Raus, ihr Mauerbauer, Mietspekulanten, Fremdenhitzer, Hungermacher, Flüchtlingsmörder, Sachzwangprediger, Sparneurotiker, Finsternishändler. Lasst euer Geschwafel vom Ende der Politik stecken: Wir machen gerade Politik. Neue Politik. Politiker und Wirtschaftsführer mimen Normalität. Tatsächlich aber sprachen sie dieses Jahr am WEF in Davos nicht mehr von der «drohenden Rebellion», sondern vom «laufenden Aufstand». Sie sehen, dass sich viele Bürgerinnen und Bürger von den alten Parteien nicht mehr vertreten fühlen. Die noch immer mottende Krise von 2008 wirkt nach. Sie war der krachende Konkurs der neoliberalen Politik. Doch es kam keine andere. Im Gegenteil: Die Besitzenden, die Banker und Aktionäre setzten einen noch verschärften Neoliberalismus durch. Der soll notfalls autoritär durchgesetzt werden, per Ausnahmezustand und mit einer neuen Einheitspartei, wie sie Präsident Emmanuel Macron in Paris gerade hochzieht.

TIEFE DEMOKRATIE. Wahrscheinlich kommt das zu spät. Die Gesellschaften bewegen sich. «Haut ab!» ist nur ihre halbe Botschaft: In Selbsthilfegruppen und wachsenden politischen Bewegungen proben die Menschen neue Formen des Zusammenlebens und der Politik (siehe unser Dossier, Seiten 8–9). Linke Werte sind zurück. Die Geschichte der Menschheit war immer ein Ringen zwischen der Befreiung des Menschen von Zwängen und der Ordnung. Doch diesmal kommt etwas hinzu: tiefe Demokratie. Die Bewegten wollen nicht einfach Werte, Parolen und die Delegation an Parteien. Sie wollen ihre Zukunft kollektiv aushandeln. Immer wieder.

Liebe Leserinnen und Leser, das nächste work erwartet Sie am 18. August in Ihrem Briefkasten. Die Redaktion wünscht einen prachtvollen Sommer!



STREIK AHOI: An der Schiffllände in Locarno ist derzeit zwar viel Betrieb, Schiffe fahren aber keine. FOTO: TI-PRESS

34 Seeleute auf dem Lago Maggiore im Tessin wehren sich gegen ihre Entlassung Locarneser Matrosenaufstand

Ab Locarno fährt derzeit kein Schiff mehr. Die gesamte Schweizer Belegschaft der Schifffahrtsgesellschaft ist in den Streik getreten.

CHRISTIAN EGG

«Das ist nicht irgendein Job», sagt Kapitän Antonio Corti, «das ist unser Leben.» Seit 35 Jahren fährt er auf dem Lago Maggiore. Jetzt soll plötzlich Schluss sein: Er hat die Kündigung erhalten. Auf Ende Jahr. Zusammen mit 33 Kolleginnen und Kollegen. Das ist die gesamte Schweizer Belegschaft der «Navigazione Lago Maggiore» (NLM). Die Seeleute wollen das nicht hinnehmen. Seit letztem Sonntag streiken sie. Der Termin hat einen Grund, sagt Corti: «Am Samstag fand auf dem See eine Hochzeit statt. Die wollten wir nicht durch unseren Arbeitskampf ins Wasser fallen lassen.»

WIE DER VATER

Für die Angestellten geht es um alles. Viele von ihnen sind über 50 Jahre alt. Unia-Mitglied Corti sagt: «Wir haben unser Leben auf dem See verbracht.» Schon sein Vater arbeitete auf dem Schiff, 40 Jahre lang. Als Bub fuhr Antonio mit dem Vater mit, wenn er freihatte. Und mit 16 fing er selber als Matrose an. Seither kennt er nichts anderes.

Und auch seine beiden Söhne wollten früher Kapitän werden, wie der Va-

* Name geändert

ter und der Grossvater. Corti: «Ich sagten ihnen damals, sie sollten gescheiter etwas anderes lernen.» Heute ist er froh, dass sie auf ihn gehört haben. Sonst hätten auch sie jetzt die Stelle verloren.

SCHLIMMER VERDACHT

Die 34 Entlassenen arbeiten auf dem Schweizer Teil des Lago Maggiore. Die NLM, ein italienischer Staatsbetrieb, will diese Strecken ab nächstem Jahr nicht mehr selber betreiben, sondern dafür eine Tochtergesellschaft mit der Schifffahrtsgesellschaft des Lago di Lugano (SNL) bilden. Völlig unklar ist aber, wer dann die Schiffe steuern und die Billette verkaufen soll. Auf Anfrage von work schreibt Gian Luca Mantegazza von der NLM, solche «Details» seien noch nicht festgelegt.

Enrico Borelli von der Unia Tessin hat einen schlimmen Verdacht: «Das Ganze ist ein Manöver, um die Löhne

massiv zu drücken.» Denn bei der SNL, einer privaten Firma, verdienen die Angestellten viel weniger als auf dem Lago Maggiore. Borelli: «Der Lohnunterschied beträgt mehr als tausend Franken pro Monat.» Seine Befürchtung: Die

«Das ist ein Manöver, um die Löhne zu drücken.»

ENRICO BORELLI, UNIA TESSIN

neue Gesellschaft werde Leute zu den schlechteren Bedingungen der SNL einstellen. Klassisches Lohndumping.

NLM schreibt dazu zwar, die Löhne anderer Schifffahrtsgesellschaften hätten mit der aktuellen Entlassung nichts zu tun. Doch für Gewerkschafter Borelli ist klar: «Mit ihrem Streik tun die Seeleute aktiv etwas gegen das Lohndumping im Tessin.»

«SIAMO SOLIDALI»

Mut macht den Streikenden der Rückhalt in der Bevölkerung. Der sei «un glaublich», sagt der Unia-Sekretär Gianluca Bianchi, der in diesen Tagen meistens am Streikposten an der Schiffllände Locarno anzutreffen ist. «Einheimische und Touristen kommen, setzen sich zu uns, unterstützen uns.» Die Seeleute haben Bücher aufgelegt, in die sich Besucher eintragen können. Der häufigste Satz: «Avete ragione, continuate con lo sciopero, siamo solidali – ihr habt recht, streikt weiter, wir sind solidarisch!»

Solidaritäts-Demo am Samstag

Die Streikenden laden Bevölkerung sowie Touristinnen und Touristen ein, ihre Solidarität an einer Demonstration zu zeigen. Geplant ist eine «farbenfrohe Demo, offen für alle, auch für Familien», am Samstag, 1. Juli, bei der Schiffsstation Locarno. Ab 12 Uhr gibt es ein gemeinsames Mittagessen, die Demo startet um 14 Uhr.



Endo Anaconda

worksms

An Petra Gössi, FDP-Präsidentin

Sie schimpfen über AHV-Rentner im Ausland, weil die in der Schweiz «keine Wertschöpfung generieren, keine Steuern zahlen und nicht konsumieren» würden. Eine Frechheit all jenen gegenüber, die nach einem Leben voller Arbeit in der Schweiz den Ruhestand in ihrer Heimat verbringen wollen. Oder die sich im Alter bei uns keine Wohnung leisten können. An Ihrer steuerflüchtigen Klientel scheinen Sie sich hingegen nicht zu stören. Buchen Sie doch ein One-Way-Ticket ins goldene Dreieck (also nach Thailand), um dort mit einer Minimalrente plus 70 Franken «Ihren Lebensabend zu vergolden». Sie unbedarfte Plaudertasche! Endo

Ihr SMS an Endo:
077 437 56 82

Ammann-Gruppe: Entlassungen nicht nachvollziehbar

LANGENTHAL BE. Die Entlassungen bei der Ammann-Gruppe sind aus wirtschaftlicher Sicht nicht nachvollziehbar. Zu diesem Schluss kommen Arbeitsgruppen von Personalkommission, Sachverständigen aus der Belegschaft und Unia-Vertretern. Das Familienunternehmen von Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann will am Standort Langenthal 130 Jobs abbauen. Die Gruppen haben nun Vorschläge erarbeitet, wie die Stellen erhalten werden können. 160 Ammann-Beschäftigte unterstützen diese einstimmig. Manuel Wyss, Verantwortlicher bei der Unia: «Das Unternehmen hat aufgrund seiner Geschichte eine besondere Stellung und damit gegenüber Mitarbeitenden und Werkplatz eine besondere Verantwortung. Umso mehr erwarten wir, dass es seine Abbaupläne vollständig überdenkt und sämtliche Vorschläge der Belegschaft seriös prüft.»

Sozialplan-Forderungen bei Vögele

PFÄFFIKON SZ. Rund 40 Mitarbeitende des Modekonzerns Vögele haben gegen die Abbaupläne des Unternehmens protestiert. Sie zogen vom Vögele-



PROTESTZUG: Die Vögele-Angestellten in Pfäffikon SZ.

Logistikzentrum zum Hauptsitz des Unternehmens. Dort übergaben sie der Firmenleitung ihre Forderungen. Die Mitarbeitenden wollen einen verbindlichen Sozialplan mit fairen Abgangsentschädigungen sowie weitere Unterstützung für die Entlassenen. Die neue Eigentümerin von Vögele, die italienische Modefirma OVS, strich bereits 2016 in Pfäffikon 50 Stellen. Im Januar dieses Jahres entliess sie weitere 100 Mitarbeitende.

Insel: Etappensieg!

BERN. Die Chefs des Berner Inselspitals krebten zurück. Ursprünglich wollten sie die Pfl ege aus der obersten Leitung verbannen. Jetzt sollen die Pfl egeberufe auch weiterhin vertreten sein – zumindest «bis auf weiteres». Bettina Dauwalder von der Gewerkschaft VPOD: «Ein Etappenziel ist erreicht!» Jetzt brauche es eine verbindliche Zusage, dass diese Regelung auch künftig Bestand habe.

Wieder Streik bei Thermo Fisher

ECUBLENS VD. Ende Juni hat die Belegschaft von Thermo Fisher erneut für einen Tag gestreikt. Bereits Mitte April hatten die rund 160 Angestellten des US-Laborgeräteherstellers sechs Tage gestreikt, um gegen die Auslagerung ihrer Jobs zu protestieren. Noé Pelet von der Unia Waadt: «Nun sind wir am Verhandeln. Wir hoffen, möglichst viele Stellen zu retten und einen guten Sozialplan erarbeiten zu können.»

VOR FÜNF JAHREN: MIT ERFOLG GEKÄMPFT

Die Vergangenheit gibt den Seeleuten vom Lago Maggiore Hoffnung. Denn schon 2012 sollten acht von ihnen, alles Saisonniers, die Stelle verlieren. Grund damals: Sparmassnahmen.

WELLE. Doch dann erfasste eine Welle der Solidarität das Tessin. In nur zwei Wochen kamen 10 000 Unterschriften gegen die Entlassungen zusammen. Einheimische und Touristen unterzeichneten die Petition. Volle Unterschriftenbogen kamen aber auch von lokalen Geschäften, Baustellen, Restaurants. Die Unia, die Verkehrsgewerkschaft SEV und die Tessiner OCST unterstützten die Aktion. Der Widerstand zahlte sich aus: Rund einen Monat später nahm die NLM die Sparmassnahmen für die Schweiz zurück und stellte die acht Saisonarbeitskräfte wieder ein. (che)

Das Lohngleichheitsgesetz vom Polarkreis wird heiss diskutiert

Warum ist Island allen voraus, Frau Traustadóttir?

Marianna Traustadóttir ist beim isländischen Gewerkschaftsbund verantwortlich für die Gleichstellung. Im Interview erklärt sie, warum das neue Lohngleichheitsgesetz eine Pionierleistung ist.

SABINE REBER

work: Das isländische Lohngleichheitsgesetz, der «Equal Pay Act» vom 8. März 2017, ist sehr detailliert, mit seitenlangen Ausführungen...

Marianna Traustadóttir: Oh, so kompliziert ist das nicht. Aber schauen Sie unseren «Equal Pay Standard» an! Der ist in der Tat ein Meisterstück. Wir haben vier Jahre daran gearbeitet, Hunderte von Sitzungen abgehalten.

Der «Standard» ist die Basis des neuen Gesetzes. Hat er denn alleine nicht funktioniert?

Der «Equal Pay Standard» war ein Pilotprojekt, das wir 2013 gestartet haben und das nun zu Ende geht. Das Resultat ist akzeptabel, aber es haben lange nicht alle Firmen mitgemacht. Ein Stück weit ist das auch verständlich, weil Firmen und Behörden bei neuen Regeln am Anfang oft noch zögern und nicht gleich mitmachen.

Was verlangt denn nun der neue «Equal Pay Act» genau?

Er verlangt zwingend, dass alle Firmen mit mehr als 25 Angestellten das Zertifikat des «Equal Pay Standards» haben müssen. Es ist ein Gesetz, alle sind verpflichtet, sich daran zu halten. Nun müssen die Firmen beweisen, dass sie gleichen Lohn

Firmen müssen beweisen, dass sie gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit zahlen.

für gleichwertige Arbeit zahlen. Wichtig ist der Begriff «gleichwertige Arbeit». Das heisst zum Beispiel, dass Kindergärtnerinnen nicht weniger verdienen dürfen als

ein Chauffeur, der bei der gleichen Gemeinde angestellt ist und der mit dem Lastwagen Sand bringt für den Spielplatz. Die Dauer der Ausbildung und die Qualifikation müssen verglichen werden, so dass klassische Frauenberufe grundsätzlich bessergestellt werden. Nur so können wir wirkliche Lohngleichheit erreichen.

Bei uns will der Bundesrat auf freiwilliger Ebene Lohngleichheitsüberprüfungen einführen, ohne Sanktionen. Worauf muss man dabei besonders achten?

Wichtig ist die Information. Firmen, die schon mitmachen, informieren andere Firmen über ihre Erfahrungen. Und vor allem müssen die Sozialpartner sowohl Arbeitgeber wie Angestellte gut informieren. Wir von der isländischen Gewerkschaft haben ein sehr effizientes Schulungssystem für unsere Vertreterinnen und Vertreter vor Ort. Es kann nur funktionieren, wenn alle Beteiligten gut Bescheid wissen.

Sie waren im März zu Gast bei der französischen Gewerkschaft CGT. Im Juli kommen Sie für einen Vortrag nach Bern. Lässt sich denn das isländische Gesetz auf andere Länder übertragen?

Ja. Ich war kürzlich auch in New York, wo sich die Gewerkschaften ebenfalls für unsere Arbeit interessieren. Wir sind uns bewusst, dass wir eine Pionierrolle haben, darum haben wir den «Equal Pay Standard» und den «Equal Pay Act» von Anfang an nach internationalen Standards verfasst. So kann unser Modell in anderen Ländern mit einigen leichten Anpassungen übernommen werden. Die internationale Solidarität ist uns ein wichtiges Anliegen. Die Gewerkschaften müssen weltweit viel stärker zusammenarbeiten und einander gegenseitig helfen.



TRAUSTADÓTTIR: «In Island kontrollieren die Gewerkschaften 92 Prozent des Arbeitsmarkts.» FOTO: ZVG

Warum gelingt es ausgerechnet dem kleinen Island, diese Pionierrolle zu übernehmen?

Der Schlüssel ist die enge Zusammenarbeit zwischen Regierung, Arbeitgebern und Gewerkschaften. Das erfordert von allen Seiten gegenseitigen Respekt und Achtung, um gemeinsam die

müssen mit uns zusammenarbeiten, sonst geht gar nichts.

Und es ist sicher auch von Vorteil, dass wir so ein kleines Land sind. Bei 330 000 Einwohnerinnen und Einwohnern ist es einfacher, alle zusammenzubringen und mit allen zu reden.

MEHR WISSEN

TRAUSTADÓTTIR IN BERN

Die isländische Gewerkschafterin **Marianna Traustadóttir** hält am Mittwoch, 5. Juli, um 18 Uhr im Hotel Bern (Zeughausgasse 9) einen Vortrag zum isländischen Lohngleichheitsgesetz. Anschliessend diskutiert sie mit **Regula Bühmann** (SGB), **Sylvie Durrer** (Eidgenössisches Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann) und **Marco Salvi** (Avenir Suisse). Die Veranstaltung wird übersetzt. Eintritt frei. Anmelden bei albineta.qela@sgeb.ch.

besten Lösungen zu finden. Die Umsetzung der Gleichstellung kann nur auf dieser Ebene funktionieren. Was auch ein wichtiger Punkt ist: Bei uns in Island kontrollieren die Gewerkschaften 92 Prozent des Arbeitsmarktes. Die Arbeitgeber

Gleichstellung: Der lange Kampf der Isländerinnen

Punkto Gleichstellung ist Island heute eines der fortschrittlichsten Länder der Welt. Das hat eine lange Geschichte. In der isländischen Gesellschaft sind viele Männer oft monatelang als Fischer und Seeleute auf dem Meer unterwegs, so dass es die Frauen gewohnt sind, daheim die Führung zu übernehmen.

WENDE. Am 24. Oktober 1979 streikten 50 000 Frauen in Island. Der «Kvennafri» war der Wendepunkt in der isländischen Frauenpolitik.

Bald darauf wurde Vigdís Finnbogadóttir zur ersten demokratisch gewählten Staatspräsidentin der Welt. Die alleinerziehende Mutter eines Adoptivkindes hatte zuvor als Französischlehrerin und im Theater gearbeitet. Gewählt wurde sie nicht zuletzt dank der Unterstützung durch die selbstbewussten Fischersfrauen.

Heute arbeiten in Island 80 Prozent der Frauen, das ist die höchste Zahl aller OECD-Länder. Gleichzeitig hat Island mit durchschnittlich 2,1 Kindern pro Frau die höchste



FÜR LOHNGLEICHHEIT: Isländischer Frauenstreik im Oktober 2016. FOTO: KVENNAFRILIS

Geburtsrate. Weltweit hat Island den tiefsten Lohnunterschied zwischen Mann und Frau. Aber er beträgt immer noch über 14 Prozent.

DRUCK. Am 24. Oktober 2016 haben 30 000 Frauen um punkt 14.38 Uhr die Arbeit niedergelegt, da sie nach dieser Zeit wegen der Lohn Differenz im Prinzip gratis arbeiten. Damit haben sie genügend Druck gemacht, so dass am 8. März 2017 das neue Lohngleichheitsgesetz vorgestellt wurde. Bis in vier Jahren soll damit die Lohndiskriminierung von Frauen in Island komplett beseitigt werden. (sr)

Biberli meint: «Ich bin dann mal weg!»



Abzocker treiben's bunt: Für die Chefs reicht das Geld

Die Lohnschere öffnet sich weiter. Das zeigt eine neue Unia-Studie. Deshalb braucht es jetzt einen gesetzlichen Lohndeckel.

RALPH HUG

Die Unia-Studie zur Lohnschere 2017 zeigt es deutlich: von Mässigung ist in den Schweizer Chefetagen keine Spur. Im Gegenteil. Die CEO der vierzig untersuchten Schweizer Top-Firmen greifen weiterhin hemmungslos in die Kasse. Als ob es nie eine Finanzkrise gegeben hätte. Und als ob der überbewertete Franken kein Problem wäre.

FÜR DIE CHEFS. Im Schnitt stiegen die Löhne in den von der Unia untersuchten Konzernen im Jahr 2016 um 7 Prozent. Fast zehn Millionen Franken mehr als im Vorjahr. Im selben



ABZOCKER-CHEF: UBS-CEO Sergio Ermotti verdiente 2016 fast 14 Mio. Franken. FOTO: KEY

Zeitraum stiegen die Löhne der Búezer und Angestellten um magere 0,7 Prozent. Also zehn Mal weniger. Oben zocken die Chefs ab, unten frieren sie die Löhne ein. Unia-Ökonom Beat Baumann sagt es so: «Lohnerhöhungen wurden stets mit dem Hinweis auf die Finanz- und auf die Frankenkrisen verweigert. Für die Chefs ist aber genügend Geld vor-

handen.» Drei Konzerne fallen besonders negativ auf:

- **Schindler:** Der Liftkonzern baute letztes Jahr 120 Stellen ab. Trotzdem kassierte CEO Silvio Napoli mit 3,5 Millionen Franken nur minim weniger als vorher.

- **Sulzer:** Ebenfalls 3,5 Millionen Franken strich CEO Gregoire Poux-Guillaume ein. Der Winterthurer Industriekonzern Sulzer wird im Verlauf von 2017 ungefähr 90 Jobs in der Schweiz abbauen.

- **Georg Fischer:** Die Beschäftigten mussten 2015 während elf Monaten vier Stunden mehr pro Woche arbeiten. Sie erhielten dafür eine Einmalprämie von tausend Franken. Die fette Prämie ging aber an CEO Yves Serra: Fast 3 Millionen flossen jährlich auf sein Konto. Für die Búezer gab es 2016 weder eine Lohnerhöhung noch eine Prämie. Obwohl sie den Gewinn um 14 Prozent steigerten.

LOHNDECKEL. Dieses räuberische Verhalten liess die Lohnschere weiter aufgehen. Das Verhältnis zwischen tiefstem und höchstem Lohn beträgt jetzt im Schnitt 1:165 (im Vergleich zu 1:150 im 2016). Am ärgsten steht es beim

Pharmakonzern Roche (1:266), noch vor der Grossbank UBS mit dem CEO Sergio Ermotti und seinem 13,7-Millionen-Spitzenlohn. Wer stoppt den Raubzug? Die Abzockerinitiative von Thomas Minder hat offenkundig nichts gebracht

Die Chefgehälter stiegen zehn Mal stärker als jene der Angestellten.

ausser Lohntransparenz. Darum muss jetzt der Gesetzgeber ran. Unia-Ökonom Baumann: «Es braucht einen Lohndeckel, damit die Beschäftigten wieder gerecht am Wirtschaftswachstum beteiligt werden.»

workfrage: Was halten Sie von einem gesetzlichen Lohndeckel für Managergehälter?

Schreiben oder mailen Sie uns Ihre Meinung zu diesem Thema! Eine Auswahl der Antworten lesen Sie in der nächsten Ausgabe. E-Mail oder Brief an: work, Frage, Postfach 272, 3000 Bern 15, redaktion@workzeitung.ch



KLARE ANSAGE: Die Bau-Búezer mauerten an ihrer Landsgemeinde ein deutliches Zeichen auf den Bundesplatz. FOTO: FRANZISKA SCHEIDEGGER

Bau-Búezer fordern auf dem Bundesplatz: Endlich 150 Franken mehr!

Mit persönlich signierten Backsteinen haben rund 400 Bauarbeiter und einige Bauarbeiterinnen ihre Forderung auf dem Bundesplatz untermauert: Sie wollen 150 Franken mehr Lohn.

SABINE REBER

Brütende Hitze, der Valser Gneis glimmert, ein rotweisses Fahnenmeer – und über 400 Bauarbeiter, die mit signierten Backsteinen vor dem Bundeshaus die Zahl 150 auslegen. Die Búezer vom Bau wollen endlich wieder einmal mehr Lohn: Und zwar 150 Franken für alle!

Der gelernte Maurer und Búezer Xhafer Sejdiu erzählt: «Es war super! Ich habe meine Kollegen aus der ganzen Schweiz getroffen, auch alte Bekannte von Demos.» So viele wie diesmal seien noch nie gekommen, freut er sich: «Wir sind alle nicht zufrieden. Aber die Stimmung war

super, sehr kollegial und auch sehr kämpferisch.»

CHEFS KLEMMEN SEIT JAHREN

An ihrer Landsgemeinde in Bern diskutierten die rund 400 delegierten Bauleute aus der ganzen Schweiz die aktuellen Herausforderungen ihrer Branche und die gewerkschaftlichen Schwerpunkte. Im Zentrum der Bau-Landsgemeinde standen die seit drei Jahren ausbleibenden Lohn-

erhöhungen. Bei den letzten Verhandlungen über den Landesmantelvertrag für das Bauhauptgewerbe konnten zwar wichtige

«Wir planen einen nationalen Protesttag!»

NICO LUTZ, UNIA-BAUCHEF

Verbesserungen erreicht werden. Eine Lohnerhöhung verweigerten die Baumeister jedoch zum

dritten Mal in Folge. Dies sei respektlos und mache ihnen zu schaffen, sagen die Bauarbeiter. Unia-Mitglied Sejdiu: «Wir arbeiten so hart, in der grössten Hitze und bei jedem Wetter, das muss respektiert werden und sich auch lohnen!» Angesichts von steigenden Mieten und Krankenkassenprämien fordern die Bauarbeiter daher 150 Franken mehr Lohn für 2018 und 2019.

DAS WAR ERST DER ANFANG

Auch Unia-Bauchef Nico Lutz ist sehr zufrieden mit der Bau-Landsgemeinde. Und diese war erst der Anfang. Lutz: «Die Bauarbeiter haben einen Tag lang darüber diskutiert, was sie für Lohnforderungen stellen und mit welchen Massnahmen sie diese durchsetzen. Im Herbst wird es Versammlungen und Aktionen auf den Baustellen geben, und wir planen einen nationalen, dezentral organisierten Protesttag.»

Massenentlassung: Implenja trötzelt

Bei der Baufirma Implenja in Kaiseraugst AG geht der Konflikt um eine Massenentlassung von 32 Arbeitern weiter. Das Bauunternehmen weigert sich, den Gewerkschaften und der Personalkommission die für das Konsultationsverfahren angeforderten Unterlagen zur Verfügung zu stellen. Thomas Leuzinger von

der Unia Nordwestschweiz: «Implenja stellt uns die benötigten Unterlagen nicht zur Verfügung. Die Verantwortlichen beharren darauf, das Konsultationsverfahren sei abgeschlossen. Wir bestreiten das.» Nun will die Personalkommission mit den Búezern zusammen das weitere Vorgehen besprechen. (sr)

Wie lange noch geschäftet die öffentliche Hand mit Dumping-Uber? «Post und Basel handeln verantwortungslos»

Uber betreibt Sozialdumping, verleitet die Fahrer zu illegalem Tun und zahlt kaum Steuern. Trotzdem arbeiten die Post und der Kanton Basel-Stadt weiter mit dem Dumpingfahrdienst zusammen.

CHRISTIAN EGG

Es war ein wichtiger Teilsieg der Gewerkschaften: Die SBB kippen den Dumpingtaxisdienst Uber aus ihrer neuen Reiseplaner-App. Uber habe «offene Fragen» nicht geklärt, so die SBB (work berichtete). Weiter an Uber festhalten will dagegen die Post mit ihrer App «Nordwestmobil» im Grossraum Basel. Mit verantwortlich ist auch der Kanton Basel-Stadt, denn der Tram- und Busbetrieb BVB, der zu hundert Prozent dem Kanton gehört, ist Partner bei «Nordwestmobil».

UNSOZIAL. Auf Anfrage von work verteidigt der Kanton die Teilnahme von Uber an der App: «Ob Uber sich gesetzeskonform verhält oder nicht, ist Gegenstand von hängigen Verfahren.» Zudem sei auch ein konventionelles Taxiun-

ternehmen in der App vertreten. Auch bei Postauto erklärt Sprecher Urs Bloch, in der «Pilotphase» wolle man weiter mit Uber zusammenarbeiten. Immerhin ein Hintertürchen zum Einstieg in den Uber-Ausstieg lässt sich die Post offen: In einer nationalen Mobilitäts-App, für diesen Herbst geplant, «werden wir die Zusammenarbeit mit Uber überprüfen», sagt er zu work. Roman Künzler, Uber-Spezialist bei der Unia, ist damit nicht zufrieden: «Die Post und der Kanton Basel-Stadt handeln verantwortungslos. Sie unterstützen das illegale und unsoziale Gebaren von Uber.» Die Liste der Vorwürfe und Skandale bei Uber wird immer länger:

- **Sozialdumping:** Uber zahlt für die Fahrerinnen und Fahrer keine Sozialabgaben. Sie seien selbständig. Doch laut der Suva ist das nicht haltbar, Uber sei ein normaler Arbeitgeber. Uber weigert sich, den Suva-Entscheid umzusetzen.

- **Anstiftung zu illegalem Personentransport:** In den letzten zwei Jahren hat die Polizei bereits über 500 Uber-Fahrerinnen und -Fahrer

verzeigt, weil sie illegal gewerbsmässig Personen chauffierten.

- **Steuertricks:** Uber bezahlte 2014 nur gerade 2924 Franken Steuern, bei einem geschätzten Umsatz von 14 Millionen, das schreibt die «Sonntagszeitung».

- **Sexismus:** Ein interner Bericht enthüllt Sexismus, Diskriminierung, Mobbing, Pöbeleien. Uber entlässt 20 Mitarbeitende. Am 21. Juni muss auch Uber-Chef Travis Kalanick gehen.

- **Schweiz-Chef weg:** Auch der Schweiz-Chef Rasoul Jalali verlässt Uber. Er wechselt zu einer

Firma, die «neue, digitale Geschäftsmodelle» aufbauen will.

- **Geldvernichtung:** Uber macht pro Jahr rund 2 Milliarden US-Dollar Verlust. Gemäss dem

Hunderte Fahrerinnen und Fahrer haben Verfahren am Hals.

Finanzblog «Naked Capitalism» decken die Fahrtarife nur 41 Prozent der Kosten. Der Rest kommt von den Investoren. Wie lange noch?



GESCHÄFT VERMIEST: Die ordentlichen Taxichauffeure, die Sozialabgaben bezahlen, leiden massiv unter der Dumpingplattform Uber. FOTO: KEYSTONE

Seit dem Anfang reden die Rechten die AHV schlecht

70 Jahre Hass von rechts

Vor 70 Jahren sagte die Schweiz Ja zur AHV.

Frappant: Ihre Feinde ziehen heute mit denselben Argumenten gegen das wichtigste Sozialwerk der Schweiz.

RALPH HUG

Am 6. Juli 1947 sagte das Stimmvolk mit überwältigender Mehrheit Ja zur Einführung einer Alters- und Hinterlassenenversicherung (siehe Text unten). Die Abstimmung wurde nötig, weil Wirtschaftskreise zusammen mit Erzföderalisten und Rechtskatholiken das Referendum er-

MEHR WISSEN

Die AHV – wie es wirklich ist. Alle Zahlen und Fakten im grossen work-Altersvorsorge-Dossier, online auf rebrand.ly/ahv-dossier.

griffen hatten. Damals traten für die AHV noch alle vier Bundesratsparteien ein. FDP-Bundesrat Walther Stampfli hatte die Vorlage ausgearbeitet. Heute steht die FDP an der Spitze der Gegner der Altersvorsorge 2020. Gab es früher noch einen Volksfreisinn mit Sinn fürs Gemeinwohl, gibt es inzwischen nur noch einen Wirtschaftsfreisinn am Gängelband der Arbeitgeber.

Letzte Woche beschimpfte ihr Präsident Valentin Vogt am Arbeitbertag die Altersvorsorge 2020 als «lethargische Scheinreform». Genau gleich tönnten die Wirtschaftsverbände schon vor siebzig Jahren. Wer die damaligen Behauptungen der AHV-Feinde mit den heutigen vergleicht, reibt sich die Augen: es sind dieselben. Dass das System AHV auch heute noch tadellos funktioniert, straft die Horrorszenarien der Gegner Lügen. Hier der Beweis in sechs Punkten.

UNSICHERE FINANZIERUNG: 1947 warnten die Handelskammer und die Arbeitgeberverbände, dass die AHV keine sichere finanzielle Grundlage habe. Die Deckung sei unvollständig. Eine Abgabe von vier Prozent auf die Löhne genüge nicht. Heute warnt der Gewerbeverband vor «Finanzlöchern» und behauptet dreist, die Reform gefährde gar unsere Altersvorsorge. Wirtschaftsexponenten wie Vogt reden sich beim Thema Renten in Wut. Sie können es nicht verhindern, dass das Parlament einen Kompromiss gutgeheissen hat, anstatt blind ihrer Nein-Direktive zu folgen.

GENERATIONENHETZE: «An die Jungen» hiess damals ein anonymes Flugblatt. Es redete den Jungen ein, sie müssten für die Alten bezahlen,

ohne selber zu profitieren. Eine AHV gehe auch auf Kosten der Selbständigerwerbenden. Heute versucht die Anti-AHV-Propaganda der FDP erneut, die Generationen gegeneinander auszuspielen. Die Reform belaste die Jungen «extrem stark», faselt etwa der Jungfreisinnigen-Präsident Andri Silberschmidt. Und der Arbeitgeberverband attackiert gezielt mit konstruierten Rechenbeispielen den Solidaritätszusammenhang der AHV. Die Medien listen in dieser Logik «Gewinner» und «Verlierer» der Reform auf.

BÜROKRATIEMONSTER: Martin Kaiser, Funktionär beim Arbeitgeberverband, malt das Schreckgespenst eines «beispiellosen Bürokratiemonsters» an die Wand. Anlass ist die Verordnung zur Altersvorsorge 2020, die der Bundesrat kürzlich publiziert hat. Wieso da ein Monster entstehen soll, bleibt jedoch schleierhaft. Übrigens arbeitete Kaiser selbst einmal bei diesem «Monster», nämlich im Bundesamt für Sozialversicherung. Schon 1947 riefen die AHV-Gegner aus, es gebe eine «kostenverschlingende, aufgeblähte Bürokratie» und einen «Mammutfonds». Dabei ist die erste Säule im Gegensatz zur Privatvorsorge die mit Abstand günstigste Versicherung.

HOHE STEUERN: Für die Rechte war die AHV bei der Gründung nicht ein Sozialwerk, sondern eine «getarnte Steuer». Das jedenfalls wollte sie dem Stimmvolk weismachen. Man werde dem Steuervogt ausgeliefert und gebe die persönliche Freiheit auf, hiess es in einem Flugblatt. Heute greifen die Gegner die geplante minimale Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0,3 Punkte ab 2021 auf. Und behaupten frei von der Leber weg, dies würde Arbeitsplätze vernichten und den Wohlstand gefährden.

GISSKANNE: Solidarität und Gleichbehandlung im Sozialwerk galten den AHV-Feinden von Anfang an als blosse Geldverteilung mit der «Giesskanne». Nur hiess dies vor siebzig Jahren noch nicht so. Man sprach etwas ungeschminkter von «Verschleuderung von Geldern».

«SOZIALISMUS»: Die AHV erniedrige die Menschen zu «wohlgefütterten Staatssklaven». So lasen die Stimmberechtigten 1947 auf einem Flugblatt: «Sie ist eine Etappe auf dem Weg zum Sozialismus.» Sklaven und Sozialismus zogen jedoch nicht ein in der Schweiz. Und die antisozialistische Rhetorik ist unter dem Einfluss der SVP einer fremdenfeindlichen gewichen. FDP-Präsidentin Petra Gössi bedient just solche Affekte, wenn sie sich im «Blick» über die vielen AHV-Renten aufregt, die in andere Länder ausbezahlt werden. Als ob das eine Rolle spielte. Denn vor der AHV sind alle gleich. Egal, wo sie wohnen – und egal, ob arm oder reich.



IKONISCH: Die Plakate des Künstlers Hans Erni prägten 1947 den Abstimmungskampf um die Einführung der AHV und gehören bis heute zu den bekanntesten politischen Plakaten der Schweizer Geschichte. Der Künstler verewigte darauf seine Familie: Das Bild zeigt seine Mutter am Stricken, eine andere Variante des Plakats den Vater mit einem Buch. Für den Kopf des jungen Mannes stand Erniss Bruder Modell. BILD: SGB

Historische Abstimmung am 6. Juli 1947: Ja zum wichtigsten Sozialwerk der Schweiz

So gewannen die Gewerkschaften den Kampf um die AHV

Vor 70 Jahren fuhren die Gewerkschaften einen Jahrhundertssieg ein: das überwältigende Ja zur AHV. Und so kam es zustande.

RALPH HUG

Albert N. Cohen hiess der Werber aus Zürich. Er sollte für das gewerkschaftliche Aktionskomitee den Abstimmungskampf um die AHV gewinnen. Im April 1947, nur drei Monate vor dem Urnengang, hatte er seinen Plan parat: Inserate schalten, Plakate aufhängen, Broschüren drucken, Flyer verteilen und sogar einen Film in den Kinos zeigen. «Lasst uns tapfer beginnen!» hiess er und dauerte zwölf Minuten. Cohens Album über seine Kampagne ist ein be-

merkenswertes Zeitdokument. Es liegt im Schweizerischen Sozialarchiv in Zürich.



SCHIRMWERK. Die Kampagne richtete sich ausdrücklich an die Arbeiterschaft. Um die Angestellten sollte sich das bürgerliche Pro-AHV-Komitee kümmern. Die Gewerkschaften liessen sich nicht lumpen. Ihr Einsatz für das neue Sozialwerk war total. Dreissig Jahre nach dem Generalstreik sollte ihre wichtigste soziale Forderung endlich erfüllt werden. In der 48seitigen Bro-

schüre «Was bringt die AHV?» hiess es, die AHV sei ein «Schirmwerk der Demokratie». Sie beseitige die ärgste Not, die

Alter und vorzeitiger Tod mit sich brächten.

Im Mittelpunkt der ganzen Kampagne standen arme Alte. 365 000 Greisinnen und Greise litten im Alter Not, dies nach einem Leben voll harter Arbeit. Das sei eine Schande für die Schweiz. Im AHV-Film sah man Armenasyle, in denen abgemagerte Männer und Frauen dünne Suppen löffelten.



Versicherungsanspruch, nicht Betteluppe! Am 6. Juli Vorlage über die Altersversicherung JA

DAS ALTER ZU EHREN DER NOT ZU WEHREN

Am 6. Juli: Alters- und Hinterlassenen-Versicherung **JA**

Der Appell an die Solidarität war allgegenwärtig. Die Schweiz müsse jetzt «etwas Grosses» schaffen, hiess es. Die Linkspresse verglich die Einführung der AHV mit der Errichtung des Bundesstaats 1848. Ein Merkblatt betonte, das AHV-Gesetz sei das einzige, welches das ganze Volk ohne Unterschied des Standes, des Alters oder des Geschlechts umfasse: «Vor diesem Gesetz sind alle gleich.»

Die AHV sei keine Klassenversicherung, sondern eine echte Volksversicherung. Um breite Kreise einzuschwören, mobilisierten die Gewerkschaften auch patriotisch-nationalistische Gefühle, mit Rütli-

schwur und mit wehrhaften Soldaten. Dies lag durchaus nahe, war das Sozialwerk doch nach dem Vorbild der Erwerbersatzordnung (EO) gebildet. Diese sicherte den Familien das Einkommen, wenn der Ernährer Militärdienst leistete.

DRIBBELN FÜR EIN JA. Cohen mobilisierte auch Promis, zum Beispiel den Nati-Fussballer Alfred Bickel. Der liess beim Balldribbling wissen: «Wahre Sportsfreunde sind auch verantwortungsbewusste Staatsbürger. Ich bin auf alle Fälle für die AHV.» Und mit Bickel waren es 864 188 weitere Stimmberechtigte, die der AHV am 6. Juli 1947 mit 80 Prozent Ja-Stimmen ein historisches, nie erwartetes Abstimmungsergebnis bescherten. Die Solothurner SP-Zeitung «Das Volk» titelte darauf stolz: «Ein Ehrentag der Eidgenossenschaft!»



BREITE KAMPAGNE: Broschüren, Inserate, 1.-Mai-Bündel sorgten für ein deutliches Ja zur AHV im Juli 1947. FOTOS: RALPH HUG

Europaweite Tendenz: Rauf mit den Mindestlöhnen

«Lohnwunder» nennt die NZZ die starke Erhöhung, von der jetzt die Arbeitnehmenden in Ungarn profitieren. Um 15 Prozent ist der gesetzliche Mindestlohn dieses Jahr für Ungelernte gestiegen. Und Ungarn ist nicht alleine.

Die Jahre nach der Finanzkrise waren für die Löhne ein Desaster. Die Anzahl



Andreas Rieger ist Unia-Sekretär und vertritt den SGB im Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB).

Niedriglohnjobs schwoll an unter dem Druck von Millionen Arbeitslosen. Der Anteil der Lohnneinkommen am Wirtschaftskuchen nahm ab, jener der Kapitaleinkommen zu. Die EU-Kommission unter Präsident José Manuel Barroso hatte diese Senkung der sogenannten Arbeitskosten

Der Aufschwung beginnt im Portemonnaie der Masse.

gefordert. Die Gewerkschaften kämpften oft vergeblich dagegen an. So kam es, dass die Löhne in vielen Ländern 2016 tiefer lagen als acht Jahre zuvor. Auch die gesetzlichen Mindestlöhne stagnierten oder wurden auf Geheiss der EU-Kommission eingefroren oder gar gesenkt wie in Griechenland.

BEINE MACHEN. Damit ist nun Schluss. Endlich haben die Regierungen gemerkt, dass der Aufschwung im Portemonnaie der breiten Masse beginnt. In Rumänien, in Bulgarien haben die Regierungen den gesetzlichen Mindestlohn 2017 um 14 beziehungsweise 19 Prozent heraufgesetzt. Natürlich ausgehend von einem sehr tiefen Niveau. Aber auch in Portugal und in Grossbritannien ging's um 5 und 7 Prozent rauf. Die EU-Kommission unter Präsident Jean-Claude Juncker ist diesem Anstieg der Mindestlöhne besser gesinnt als ihre Vorgängerin. Aber auch sie konnte es nicht lassen, Portugal erneut zu verwarnen und Griechenland eine Erhöhung zu verbieten.

Wenn der gesetzliche Mindestlohn raufgeht, macht das den Arbeitgebern Beine. Stossen die Gewerkschaften richtig nach, dann bewegt sich die ganze Lohnstruktur wie eine Handharmonika hinauf. In Ungarn ist der Durchschnittslohn heute 13 Prozent höher als vor einem Jahr. Abzüglich 2 Prozent Teuerung gibt das 11 Prozent real mehr im Portemonnaie.



Welcome to unia.swiss!

Arbeitnehmende können sich neu auf englisch über die wichtigsten Rahmenbedingungen im Schweizer Arbeitsalltag informieren. Ob Forscherin in der Basler Chemie, private Pflegefachkraft aus Polen oder IT-Spezialist in der Industrie: Arbeitnehmende, die neu in der Schweiz sind, sprechen oft keine Landessprache. Doch viele verstehen Englisch. Ihnen will unia.swiss Unterstützung bieten. Die neue Website wird bewusst klein, aber fein!

www.unia.swiss

Elektriker Daniel Popov (24) nervt sich über Lohnunterschiede «Das Verhältnis stimmt nicht»

Elektroinstallateure müssen auf der Baustelle inzwischen fast alles können. Und verdienen trotzdem viel weniger als die Maurer. Das will Daniel Popov ändern.

SINA BÜHLER

Daniel Popov ist braungebrannt. Der 24jährige Bündner hat den ganzen Tag auf verschiedenen Baustellen in und um Chur verbracht, bei Temperaturen von über 30 Grad. Kein Problem, er mag die Hitze. Ihn irritiert aber, dass Elektroinstallateure ihren grossen Sonnenschutz selber bezahlen müssen. Seine Baustellenkollegen, die Maurer, bekommen den Sonnenschutz von der Firma zur Verfügung gestellt. Popov erklärt: «Ihr Gesamtverdienstvertrag ist im Vergleich zu unserem phantastisch.»

PIZZA UND WASSERMELONE

Denn der Mindestlohn liegt für Elektroinstallateure viel tiefer: 4475 Franken pro Monat bekommt ein Berufseinsteiger im ersten Jahr, ein Maurer startet bei 5553

Maurer bekommen die Sonnenschutz bezahlt, Elektriker nicht.

Franken. «Und das nach einer Lehre, die inhaltlich vergleichbar ist. Da stimmt das Verhältnis einfach nicht», so Popov.

Auch bei der Mittagzulage müssen Elektriker Abstriche machen. Maurerinnen und Maurern garantiert ihr Gesamtverdienstvertrag für auswärtige Verpflegung 16 Franken im Tag. Für Elektroinstallateure gibt es 12 Franken. Nur: Essen tun Maurer und Elektriker oft zusammen am selben Ort. Daniel Popov: «Ich habe mir heute nur ein Stück Pizza und einen Schnitt Wassermelone im Supermarkt gekauft. Da sind die 12 Franken schnell weg.»

Er selber habe Glück, sagt der 24jährige: Seine Firma, die Willi Haustechnik AG, zahle den Mitarbeitenden 17 Franken Verpfle-



GIBT GAS: Daniel Popov ist auf der Baustelle genauso engagiert wie bei seiner Weiterbildung und in der Gewerkschaftsarbeit. FOTO: THOMAS HABLÜTZEL

gungsspesen, also 5 Franken mehr als das GAV-Minimum. Und habe die Mitarbeitenden in einer Aktion mit Sonnenschutz und Getränken versorgt. Aber für viele Kolleginnen und Kollegen in anderen Firmen geht die Rechnung nicht auf.

Die Lösung ist für Daniel Popov klar: «Wir müssen für einen besseren GAV kämpfen!» Im Herbst ist die Unia-Berufskonferenz der Elektroinstallateure,

dort werde er sich für Verbesserungen einsetzen: «Für Samstagszuschläge, für bessere Spesen. Und für Sonnenschutz.»

BERUF DER ZUKUNFT

Das haben sich die Elektroinstallateure auch verdient, denn sie sind echte Alleskönner. Als Popov vor acht Jahren mit der Lehre begann, merkte er das schnell: «Wenn die Lüftung nicht funktioniert, die Heizung aussteigt, dann

müssen wir das übernehmen. Weil wir schon vor Ort sind.» Daniel Popov liebt das Technische, das Komplizierte. Funktioniert etwas nicht, dann braucht er sich einen Schaltplan nur kurz anzuschauen und weiss gleich, wo der Fehler liegt.

Vor vier Jahren hat er seine Lehre abgeschlossen, bald beginnt er eine Weiterbildung zum Gebäudetechniker. «Die sind offiziell für alles zuständig, was wir Elektroinstallateure heute schon inoffiziell erledigen. Das ist der Beruf der Zukunft», erzählt er.

Die Ausbildung ist berufs begleitend, und seine Firma unterstützt ihn dabei sehr: «Mein Chef hat mir bereits gesagt, ich könne notfalls auf 80 Prozent reduzieren, falls es zu viel werde. Aber ich versuche es zuerst mal mit einer Vollzeitstelle.»

BÜEZER AUFLÄREN

Nicht nur für die Ausbildung ist Daniel Popov hochmotiviert. Als er vor einem Jahr in die Gewerkschaft eintrat, suchte die Unia engagierte Leute. Das passt zu ihm. Im Moment versucht er, eine aktive Ostschweizer Berufsgruppe auf die Beine zu stellen. Seine Kolleginnen und Kollegen in der Waadt haben es vor einigen Jahren erfolgreich vorgemacht, als sie sich für einen kantonalen Gesamtverdienstvertrag einsetzten.

So weit ist es im Kanton Graubünden aber bisher noch nicht. Popov sagt: «Zuerst brauchen wir eine Gruppe von Vertrauensleuten, an die sich die Kolleginnen und Kollegen wenden können.»

Die Unwissenheit der Lehrabgänger erschrecke ihn manchmal. «Sie haben keine Ahnung, wie hoch der Mindestlohn ist. Oder was alles im GAV steht.» Und was vielleicht noch erschreckender sei: Sie wüssten nicht, dass gute Arbeitsbedingungen von ihrem eigenen Engagement abhängen. «Sie denken einfach, irgendjemand macht das dann schon.» Eine örtliche Gruppe soll das jetzt ändern.

Vulic und Sulejmani alias Habegger und Wenger Geschäften mit den Alltagsrassisten

Der Versicherungskonzern Swiss Life lässt seine Mitarbeitenden mit «fremden» Namen unter «typisch schweizerischen» Pseudonymen telefonieren. Kein Einzelfall.

CLEMENS STUDER

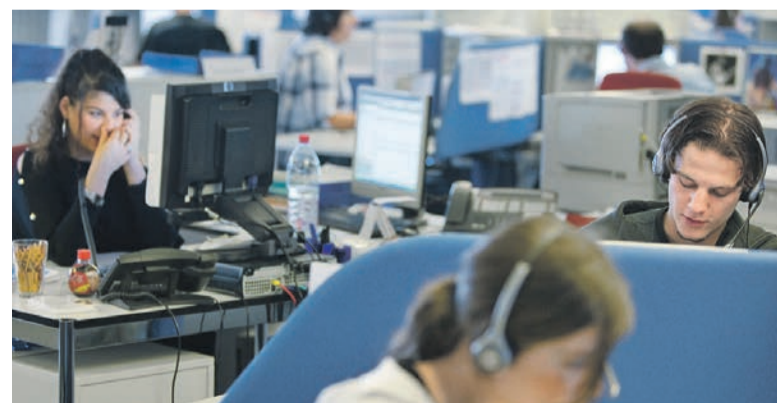
Wenn am Telefon ein Tobias Wenger ist und für eine «private Vorsorgelösung» der Swiss Life wirbt, sollte man an allem Gesagten zweifeln. Zualererst an den Renditeversprechen: Produkte der dritten Säule lohnen sich vor allem für die Versicherungskonzerne (die Zahlen auf rebrand.ly/ahv-dossier). Aber auch der Name des Anrufers stimmt mit fast 50prozentiger Wahrscheinlichkeit nicht. Denn 9 von 19 Mitarbeitenden des Swiss-Life-Callcenters telefonieren und schreiben unter Alias-Namen, wie die «Sonntagszeitung» berichtet.

RESPEKTLOS. Die Pseudonyme wählen diese allerdings nicht etwa, weil sie sich für ihre Produkte schämen würden. Grund für die Scharade ist die wohl realis-

tische Einschätzung des schweizerischen Alltagsrassismus. Frau Habegger und Herr Wenger bekommen eher einen Termin als Herr Vulic oder Frau Sulejmani.

Der Trick mit den vermeintlichen Namen scheint in der Callcenter-Branche gang und gäbe zu sein, wie der «Blick» mit zahlreichen Beispielen berichtet. Für Martine Brunshwig Graf (FDP), Präsidentin der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus, ist das «diskriminierend und nur schon die Idee respektlos».

LEHRSTELLEN. Vertretungstermine verabreden oder Zeitungsabos unter Pseudonym verkaufen mag harmlos erscheinen. Die Tatsache von «guten» und «schlechten» Namen ist es nicht. Denn Menschen mit «fremden» Namen sind auch bei der Lehrstellen- und Wohnungssuche benachteiligt – unabhängig von ihrem Pass. Schon vor 14 Jahren zeigte eine Nationalfondsstudie, dass ausländische Jugendliche bei gleichen Qualifikationen, gleicher Schulkarriere und gleichen Sprachkenntnissen diskriminiert



CALLCENTER: Alias-Namen sind gang und gäbe (Symbolbild). FOTO: KEYSTONE

werden. Je nach Herkunft zwischen 24 und 59 Prozent. Die Fach-

«Rassistische Diskriminierung in der Arbeitswelt ist eine Realität.»

FACHSTELLE FÜR RASSISMUSBEKÄMPFUNG

stelle für Rassismusbekämpfung kam in einem Bericht von 2014 zum Schluss: «In der Schweiz ist rassistische Diskriminierung in der Arbeitswelt eine Realität.»

Anonyme Bewerbungen wären ein patentes Mittel dagegen, wie unter anderem ein Pilotversuch des Kaufmännischen Verbandes eindrücklich zeigte. Diverse politische Vorstösse, die dieses Auswahlverfahren stärken wollten, blieben im nationalen Parlament allerdings chancenlos. Die Parteien der Röschtis, Pfisters und Gössis stellen sich regelmässig quer. Sie wollen den Alltagsrassisten zwar keine Versicherungen andrehen, aber sie wollen ihre Stimmen.



AUF DIE BARRIKADEN: Frankreichs Gewerkschaften kämpfen im Herbst auch um ihr eigenes Überleben. FOTO: GETTY IMAGES

Frankreich: Löhne runter, Gewerkschaften zerschlagen Macron startet Schlacht gegen die Arbeitenden

Emmanuel Macron ist der totale Präsident. Das Parlament ist entmachtet. Im Stehschritt macht er sich jetzt an den Umbau Frankreichs zu einem Paradies der Aktionäre.

OLIVER FAHRNI

Er lächelt auf allen Bildschirmen. Lächelt mit Merkel. Lächelt mit einem französischen Astronauten. Lächelt mit Olympiasiegern. Lächelt grimmig mit Putin. Emmanuel Macron hat es geschafft. Frankreich ist macronisiert.

DIE PARTEIEN SIND TOT

Das Parlament ist zwar jünger und weiblicher, aber ganz auf Linie: Der Präsident hat die absolute Mehrheit. Seine 308 Abgeordneten (plus 42 Zentrissen) mussten unterschreiben, immer für seine Vorlagen zu stimmen. Macron wird mit Dekreten regieren. Auf allen wichtigen Ministerposten sitzen Rechte, die Linken geben die Garnitur, obschon Ex-Sozialisten die grösste Kohorte der Macronisten stellen. Der Ministerpräsident agiert wie Macrons Butler. Er heisst übrigens Philippe, Edouard Philippe. Die Rest-SP ist in drei Fraktionen gespalten, die Rest-Republikaner sind es ebenso. Vier Minister, die aus dem Zentrum kamen, hat der Präsident in den ersten Wochen bereits gefeuert.

Dies alles hat Macron mit den Stimmen von 15 Prozent der Wahlberechtigten geschafft. Die grosse Erleichterung darüber, dass er die Neofaschistin Marine Le Pen und die Implosion Europas verhindert hat, macht einer gewissen Ernüchterung Platz. Seine Machtübernahme war so rabiatisch inszeniert, dass am 18. Juni 57,4 Prozent der Französischen und Franzosen gar nicht mehr wählen mochten.

DIALOG DER AHNUNGLOSEN

Im Stehschritt geht es weiter. Schon am ersten Tag stiess Macron den grossen Umbau der sozialen Beziehungen an, mit der Revision des 2016 revidierten Arbeitsgesetzes. Die ging Macron, damals Minister in der Regierung von Manuel Valls (SP), zu wenig weit. Per Dekret will er jetzt die Gewerkschaften entmachten und einen Tieflohnssektor nach deutschem Vorbild schaffen (siehe Box).

Seither führen Macron, sein Premierminister und die Arbeitsministerin Muriel Pénicaud Konsultationen mit den Gewerkschaften durch. Pénicaud war lange Zeit die rabiatische Personalchefin des Lebensmittelriesen Danone. Inzwischen nannte ein Gewerkschafter die Gespräche eine «üble Farce». Was Wunder: Erst verweigerten Macrons Leute die Einsicht in die Gesetzesentwürfe. Als Zeitungen sie ent-

hüllten, reichte Pénicaud Klage ein. Denn die Gewerkschafter entnahmen den Blättern, dass man sie angelogen hatte. Macron plant einen rabiatischen Umbau.

HEISSER HERBST

Frankreichs Gewerkschaftszentralen CGT, FO, Sud beginnen zu verstehen, dass sie in diesem Herbst um ihr Überleben kämpfen. Und dass sie dabei einem brutal taktierenden Präsidenten gegenüberstehen. Lassen sie das Arbeitsgesetz XXL zu, verlieren sie Legitimität und Basis. Sogar wenn sie die Kompromisse feiern, die Macron als Sollbruchstellen eingebaut hat. Das Gesetz abwenden aber könnten die Gewerkschaften nur mit harten Arbeitskämpfen, einem breit befolgten Generalstreik des öffentlichen Dienstes und der massiven Mobilisierung weit über ihre Mitglieder hinaus.

Dafür jedoch müssten sie zuerst einmal geeint sein. An den 1.-Mai-Feiern im Jahr 2017 marschierten

die Gewerkschaften getrennt. Das zeigte die tiefen Wunden, die der Kampf gegen das Arbeitsgesetz von 2016 hinterlassen hat. Damals war die grosse CFDT den anderen Gewerkschaften in den Rücken gefallen. Macron versucht, diese Spaltung auch diesmal hinzubekommen. Dazu dienen die angesagten 50 Konsultationen. CFDT-Chef Laurent Berger bewundert Macron. Im Moment mimt er noch Opposition. Gibt ihm der Präsident Zucker, wird er ausscheren.

VERSCHÄRFTER NORMALZUSTAND

Dann werden CGT, FO, Sud, aber auch La France insoumise (siehe Dossier Seiten 8-9), die Studenten, die KP, die Antikapitalisten und Dutzende von fortschrittlichen Organisationen auf der Strasse sein. Darauf wartet Macron, wie damals Margaret Thatcher in Grossbritannien, die den Miners-Streik provozierte, um die Gewerkschaften zu zerschlagen. Schon sein Vorgänger François Hollande liess 2016 die Demos der Gewerkschaften zusammenknüpfeln, mit Hunderten von Verletzten und Dutzenden im Kerker. Macron kann das noch besser: Rechtzeitig zu seinem Arbeitsgesetzdekret im Oktober soll der Ausnahmezustand der Sozialisten in verschärfter Form Gesetz werden. Normalzustand.



Präsident Emmanuel Macron versucht, die Gewerkschaften zu spalten.

Neoliberales Programm: Das Arbeitsgesetz XXL

Emmanuel Macron nennt es ein Gesetz zur «Modernisierung der sozialen Beziehungen». Wie alle Neoliberalen sagt er: Weil die Arbeitenden geschützt sind, schaffen die Unternehmen keine Jobs. Pech für Macron, dass ihm das Nationale Statistische Amt INSEE gerade das Gegenteil bewies: Die Befragung von 10 000 Unternehmen zeigte, dass sich nur 18 Prozent durch Arbeitsschutz und nur 7 Prozent durch die

Löhne gebremst fühlen. 56 Prozent hingegen beklagen das Fehlen qualifizierter Arbeitskräfte und die wirtschaftliche Krise.

DIE LISTE. So viel bis heute durchgesiebert ist, will Macron den Unternehmen erlauben:

- gegen Gesetz und Gesamtarbeitsverträge zu verstossen;
- unter fadenscheinigen Gründen zu entlassen;
- die Arbeitszeit beliebig

weit über 35 Stunden hinaus zu verlängern;

- neue Vertragsformen (sogenannte Projektverträge mit prekären Arbeitsbedingungen) zu schaffen;
- Probezeiten zu verlängern und Kurzzeitverträge beliebig oft zu erneuern;
- die Sozialplanpflicht zu unterlaufen;
- Löhne zu senken usw. Der Chefunterhändler der Gewerkschaft CGT stellt fest: «Es wäre das Ende des Arbeitsvertrages.»



la suisse existe
Jean Ziegler

IMPERIALE ARROGANZ

Dienstag, der 6. Juni. Es war ein strahlender Sommermorgen, Eröffnungstag der jüngsten Session des Uno-Menschenrechtsrates. Der Genfer Völkerbundpalast war zum Bersten voll mit Botschafterinnen und Botschaftern, mit Vertreterinnen und Vertretern der zivilgesellschaftlichen Organisationen, mit Fernseh-, Radio- und Presseleuten aus aller Welt.

VIER MINUTEN. Die zierliche, elegante junge Frau mit den pechschwarzen, bis zur Schulter reichenden Haaren, eine Erbschaft ihrer indischen Mutter, stand am Rednerpult. Ein kalter Blick, eine arrogante Stimme. Ihre Rede dauerte genau vier Minuten. Botschafterin Nikki Haley, vor kurzem noch

Trumps Ultimatum: Ihr gehorcht subito. Oder die USA verlassen den Menschenrechtsrat.

Gouverneurin von South Carolina und jetzt Vertreterin von

US-Präsident Donald Trump bei der Uno in New York, gab dem Menschenrechtsrat und dem Uno-Hochkommissariat für Menschenrechte den Tarif durch: Präsident Trump verlange ab sofort den Ausschluss von Venezuela, Kuba, Russland und China aus dem Rat. Mehr noch: Trump will, dass Artikel 7 des Ratsreglements gestrichen werde. Dieser legt fest, dass der Rat die Besatzungspolitik Israels einer regelmässigen Prüfung unterzieht.

Nikki Haley hat politisches Gewicht: Die US-Botschafterin beim Uno-Hauptsitz hat den Rang eines Kabinettsmitglieds. Die zierliche Dame sagte: «Wir hoffen, der Uno-Menschenrechtsrat werde diese Reformen in kürzester Zeit umsetzen. Wenn nicht, werden die USA die Menschenrechte auf ihre eigene, andere Weise durchsetzen.» Zu deutsch: Ihr gehorcht meinem Präsidenten, und zwar subito. Anderenfalls verlässt Washington den Rat.

Die Konsequenzen eines Austritts der USA wären verheerend. Washington zahlt rund 28 Prozent des Budgets des Rates und des Hochkommissariats. Das Imperium hat zudem in diesem Gremium mehrere Satellitenstaaten, vor allem aus Ost- und Zentraleuropa, aber auch aus der arabisch-afrikanischen Staatengruppe. Die Satelliten würden auch austreten, und die bitter nötige Universalität des Rates wäre dahin.

WIDERSTAND. Was wird nun geschehen? Die nächste Session des Rates ist im September. Die erdrückende Mehrheit der 47 Mitgliedsstaaten wird sich der imperialen Arroganz nicht beugen. Umso weniger, als selbst westeuropäische Staaten den USA die moralische Legitimation absprechen: Der frühere Präsident George W. Bush hatte 2002 per Exekutiv-Order die Folter politischer Gefangener legitimiert. Donald Trump hat das Dekret erneuert.

Die Endschlacht um den Menschenrechtsrat wird also in knapp drei Monaten geschlagen. Es wird vom Widerstandswillen der westlichen Demokratien und von ihrer öffentlichen Meinung abhängen, ob Trump seine Drohungen wahr machen kann.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein neuestes Buch, «Der schmale Grat der Hoffnung», ist im März 2017 auf deutsch erschienen.



GANZ SCHÖN MÄCHTIG: Frauen protestieren am 8. März in San Francisco. FOTO: DPA

Der neue Frauenprotest in den USA Feminismus ist wieder cool

Junge Feministinnen treiben in den Vereinigten Staaten den Anti-Trump-Protest an. Sie fordern eine andere Welt. Und zwar subito.

LOTTA SUTER

Es waren Frauen, die einen Tag nach der Amtseinführung von Präsident Trump den grössten Protestmarsch der US-amerikanischen Geschichte organisierten. Rund vier Millionen Menschen, die meisten davon Frauen in selbstgestrickten, grell pinken «Pussyhats», gingen am 21. Januar 2017 in rund 500 Städten der USA auf die Strasse.

Die auffälligen rosa Wollkappen sind mittlerweile verschwunden. Doch nur, weil es für den Sommer luftigere Pussyhat-Modelle gibt. Solche aus Stroh oder im Lochmuster gehäkelt. Gründe zum Demonstrieren gibt es nämlich weiterhin: die leidige Grenzmauer zu Mexiko, das rassistische Einreiseverbot für Menschen aus sieben mehrheitlich muslimischen Staaten, gigantische Steuergeschenke an die Reichen, Repression gegen Immigrantinnen und Immigranten, ein asoziales neues Gesundheitsgesetz, Rückzug aus dem Pariser Klimaabkommen, Wiedereinführung des Abtreibungsverbots... Die Pläne der Trump-Regierung mögen im einzelnen wirr und grössenwahnsinnig sein, doch sie sind im grossen und ganzen verlässlich neoliberal. Massgeschneidert auf das eine Prozent der Superreichen. Und sie treffen Frauen und Minderheiten besonders hart.

MACHOPOLITIK. Weniger privilegierte Frauen wissen aus Erfahrung, dass reaktionäre Politik unweigerlich auch Machopolitik ist. 94 Prozent aller schwarzen Frauen und 68 Prozent aller Latinas haben deshalb im Herbst 2016 für die Präsidentschafts-

kandidatin Hillary Clinton gestimmt. Erstaunliche 53 Prozent der weissen Wählerinnen, vorab älteren Jahrgangs, gaben hingegen Frauengrabscher Trump ihre Stimme. Das ist mit ein Grund dafür, dass viele Feministinnen in den USA nach der Trump-Wahl (wieder) aktiv wurden. Auch unter jungen Frauen ist Emanzipation wieder cool. Selbst Stars wie die Sängerin Beyoncé und die Filmschauspielerinnen Emma Watson sind bekennende Feministinnen.

Die neue Frauenbewegung in den USA ist aber vor allem deshalb so stark, weil sie fester Bestandteil eines breiten Bündnisses gegen Rassismus und soziale Ungleichheit geworden ist. Die vielfältigen Protestplakate an den Kundgebungen zeigen es: Die Benachteiligung und Unterdrückung von sexuellen, ethnischen, religiösen und sozialen Minderheiten sind allesamt Resultat des einen, undemokratischen Herrschaftssystems.

Die Frauenbewegung in den USA ist Teil eines breiten Bündnisses.

JUNGE REVOLUTION. In den USA ist es ausge-rechnet ein pragmatischer älterer weisser Herr, der sozialistische Senator Bernie Sanders aus dem ländlichen US-Bundesstaat Vermont, der diesem jungen, vielfältigen Feminismus Interesse und Verständnis entgegenbringt. Unermüdlich organisiert und motiviert der 75jährige Politstar unter dem Motto «Our Revolution» den umfassenden Widerstand gegen Trump & Co. Und er unterstützt ziemlich erfolgreich linke Politikerinnen und Politiker im ganzen Land. Bernies glühendste Fans sind unter dreissig, viele davon weiblich. «Unsere Revolution» hat durchaus Zukunft.

Ein Gespenst geht um: die Linke. Lange totgesagt, ist sie wieder da, bewegt die Massen und bringt die Verhältnisse zum Tanzen. **Eine andere Welt scheint möglich, diesmal konkret. Sie hat schon begonnen.** Wer sind die Akteure? Was wollen sie, und wie weit sind sie? work wirft Schlaglichter auf die leisen Revolutionen von unten in Grossbritannien, Frankreich, Spanien, Portugal und den USA.

Revolution von unten rollt

In Athen ist die Linke an der Macht. Das Bündnis Syriza regiert seit zweieinhalb Jahren. Doch Premier Alexis Tsipras steckt im Würgegriff der EU. Er muss auf Geheiss der Euro-Finanzelite Renten kürzen und Häfen verkaufen. Was nützt es also, wenn die Linke die Macht übernimmt, dann aber ohnmächtig bleibt? Der Fall zeigt, dass es mit Wahlerfolgen nicht getan ist. Die alten Machtnetze sind noch da. Aber in Demokratien sind Erfolge an der Urne die Voraussetzung für einen grundlegenden Politikwechsel. Und dafür stehen die Chancen so gut wie lange nicht.

ALTE KÄMPFEN, JUNGE AKTIVISTEN

Sieben Millionen gaben im April bei den französischen Präsidentschaftswahlen dem Linksozialisten Mélenchon ihre Stimme. Sie wollen nicht Macron, sondern ein anderes, sozialeres Frankreich. 350'000 vor allem Junge sind in den letzten zwei Jahren der englischen Labour Party beigetreten. Sie haben genug von der Politik der Konservativen im Dienst der Upperclass. Ihnen leuchtet der Slogan «For the many, not the few» von Parteichef Jeremy Corbyn mehr ein. Ein Slogan, den Corbyn von der Schweizer SP abgekupfert hat («Für alle statt für wenige»). Dasselbe in den USA.

«Our Revolution» heisst die Basisbewegung des linken Senators Bernie Sanders. Die jungen Leute reden offen vom Sozialismus. Und verändern damit Amerika. Viele «Grassroots»-Gruppen helfen ihnen dabei. Etwa die zornigen Pussyhat-Feministinnen, die Gewerkschaften mit ihrer Kampagne «Fight for 15» für einen Mindestlohn von 15 Dollar pro Stunde oder die Bewegung «Black Lives Matter» gegen die brutale Polizeigewalt gegen Schwarze.

NEUE BÜNDNISPOLITIK

Corbyn, Mélenchon und Sanders, aber auch Podemos-Chef Iglesias in Spanien oder die neue Regierung Portugals zeigen es: Erfolg hat heute, wer im Bündnis eine klare Alternative zum absterbenden Neoliberalismus vertritt. Wer nicht nur Pflasterlipolitik am Finanzkapitalismus betreibt. Wer nah am Volk ist und die Leute mitreisen kann. Wer alte Parteipolitik überwindet, innovativ ist und clever kommuniziert. Noch dominieren die alten Machtkartelle. Aber sie sind angezählt. Immer weniger glauben, dass ein zerstörerisches Regime überleben kann, das von krasser Ungleichheit, Prekarität, Raubbau, Steuerflucht und Staatsabbau lebt. Die linke Revolution von unten rollt. RALPH HUG



WIE EIN ROCKSTAR: Junge Menschen feiern den Auftritt von Labour-Chef Jeremy Corbyn am Glastonbury-Festival. FOTO: KEYSTONE

Grossbritannien: Linke Politik begeistert die Jungen Eine neue Generation übernimmt die Führung

Während die konservativen Tories nach den Wahlen noch Wunden lecken, bereiten sich Links-Politiker Jeremy Corbyn und seine Anhänger schon auf die nächste Runde vor.

PETER STÄUBER

Am Samstag nach der Parlamentswahl von Anfang Juni wird in London gefeiert. Mehrere Hundert Anhänger der linken Labour-Partei versammeln sich auf dem sonnigen Parliament Square gegenüber dem Parlamentsgebäude. Viele tragen T-Shirts mit Labour-Parteiführer Jeremy Corbyn darauf. Sie halten Plakate in den Händen: «Tories raus». Einer der Organisatoren ruft ins Mikrophon: «Wir feiern hier einen Sieg!»

Dass die Labour-Partei die Wahl eigentlich verloren hat – sie errang 262 Sitze im Unterhaus, die Konservativen 318 –, ist für die Corbyn-Fans völlig irrelevant. Sie feiern eines der überraschendsten Wahlergebnisse der britischen Geschichte: Noch wenige Wochen vor der Wahl sagten Politikexperten ein Debakel für Labour voraus. Doch die linke Partei legte 30 Sitze zu, während die Konservativen ihre Mehrheit verloren. Die Kritiker Corbys, die ihn in den vergangenen zwei Jahren als Totengräber Labours verteuflten, haben sich mächtig blamiert.

EXTREM ATTRAKTIV. Corbyn verspricht einen radikalen Bruch mit der Wirtschaftspolitik der vergangenen drei Jahrzehnte, etwa mit dem Sozialabbau und der Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen. Diese Politik, so viel ist jetzt klar, hat der britischen Linken neues Leben eingehaucht. Entscheidend für den Erfolg waren Leute wie Joe Tschirkalt. Auch der 17jährige College-Student feiert an diesem Samstag mit «Corbyn ist nicht Teil des Establishments», sagt Tschirkalt, der selbst noch gar nicht wählen darf und mit einem Kumpel neben der grossen Churchill-Statue

sitzt. «Er geht auf Leute zu, seine politischen Ideen sind extrem attraktiv.» Er kenne massenweise junge Leute, die genau gleich dächten, sagt der Student. Auch deshalb erstaunt nicht, dass bei diesen Wahlen weit

Entscheidend für den Erfolg von Labour war auch das linke Programm.

mehr Britinnen und Briten unter dreissig Jahren abgestimmt haben als noch vor zwei Jahren. Und dass diese Generation ist, die tatkräftig beim Aufbau jener Basisbewegung mitarbeitet, die Labour zum guten Wahlergebnis verholfen hat. Ein wichtiger Teil der Bewegung sind auch die über 200'000 Neumitglieder, die nach Corbys Wahl zum Parteichef zu Labour gestossen sind. 30'000 von ihnen gründeten zusätzlich die Organisation Momentum. Lange Zeit jedoch wirkte Momentum ratlos. Den inneren Streitigkeiten von denen Labour im vergangenen Jahr zerfressen wurde, hatten die Aktivistinnen und Aktivistinnen nichts entgegenzusetzen. Aber als Premierministerin Theresa May Neuwahlen ankündigte, hatten sie plötzlich ein klares Ziel vor Augen: Sie organisieren Kundgebungen, zu denen Tausende strömten, führten eifrig Wahlkampf in den sozialen Medien, und gingen von Tür zu Tür, um die Leute für Labour zu gewinnen.

EFFIZIENT MOBILISIERT. Um die politische Überzeugungsarbeit möglichst effizient zu machen, richtete Momentum eine Website ein, auf der Interessierte ihre Postleitzahl eintragen konnten. Die Website schickte sie dann zum Mobilisieren in den nächsten Wahlkreis, in dem ein Sieg Labours gefährdet war. Anwohner im Nordwesten Londons wurden beispielsweise nach Kilburn geschickt. Dort hatte die Labour-Kandidatin Tulip Siddiq bei den letzten Parla-

mentswahlen nur rund 1000 Stimmen mehr gemacht als ihr Rivale von den Konservativen. Angesichts des riesigen Vorsprungs von 20 Prozent, den die Tories laut Umfragen zu Beginn des Wahlkampfs auf Labour hatten, hätte es also für die Konservativen kein Problem sein sollen, solche Sitze endgültig zu erobern. Doch es kam ganz anders: Siddiq baute ihre Mehrheit massiv aus und gewann am 8. Juni mit über 15'000 Stimmen mehr als die weit abgeschlagene Kandidatin der Konservativen.

DRAMATISCHE AUFHOLIAGD. Solche Geschichten wiederholten sich im ganzen Land. Engagement alleine jedoch hätte nicht gereicht: Entscheidend für den Erfolg der Aktivistinnen war, dass sie nicht mit Wahlkampfloskeln auftraten, sondern tatsächlich ein überzeugendes linkes Programm vorzuweisen hatten.

Die dramatische Aufholjagd Labours in den Umfragen begann zu dem Zeitpunkt, als der Entwurf des Wahlmanifests an die Medien durchgeschickte. In der konservativen Presse wurden die Vorschläge als Rückschritt in die 1970er Jahre verhöhnt, aber die Bevölkerung war anderer Meinung: Die Verstaatlichung der Eisenbahn, der Trinkwasser- und Energieversorgung, ein Verbot von Nullstundenverträgen, bei denen Angestellte auf Abruf verfügbar sein müssen, aber kein garantiertes Einkommen haben, und eine Steuererhöhung für die Reichen im Land sind überaus beliebt.

Noch bietet sich keine Gelegenheit, die Vorschläge umzusetzen, die Konservativen bleiben an der Macht. Vorläufig. Die Regierung von Theresa May ist stark unter Druck. Es ist möglich, dass in einigen Monaten erneut gewählt wird. Dafür will Corbyn bereit sein: Wenige Tage nach den Wahlen hat er angekündigt, in Kürze wieder auf eine Wahlkampftour durchs Land zu starten. Damit die Labour-Anhänger beim nächsten Mal einen Sieg feiern können, der auch tatsächlich einer ist.



LAUTSTARK: Die «insoumis» protestieren am 1. Mai in Perpignan. FOTO: GETTY IMAGES

Die «Freien» mischen die Pariser Politik auf Büchsenöffner für den Aufstand

Die «Insoumis» sind zur stärksten Opposition gegen das System von Präsident Macron geworden.

OLIVER FAHRNI

Sagt in Frankreich jemand «neuf-trois» (9-3), wissen alle, was gemeint ist: Rap, Arbeitslosigkeit, Revolte. 9-3 steht für das Département 93, die «rote Banlieue» im Nordosten von Paris. Hier ist altes Industrie- und Búezerland. Seit dort die SP die Kommunisten verdrängt hatte, fühlten sich die Bewohner vergessen. Nach zwei Generationen Hoffungslosigkeit wollten sie nichts mehr von «linker» Politik hören. Bis zu diesem 18. Juni. Da gewann die kapitalismuskritische Bewegung «Les insoumis» («Die Freien») sieben der zwölf Wahlkreise.

Zwei der neuen Abgeordneten sind Arbeiter und aktive CGT-Gewerkschaftler. Das gab es im Parlament schon lange nicht mehr. Gewählt wurde im 9-3 auch Alexis Corbière, Sprecher der «Freien» und ihres Präsidentschaftskandidaten Jean-Luc Mélenchon (der in Marseille gewann). Corbière hat sich seinen Sitz in der Nationalversammlung erlaufen, auf Märkten, von Tür zu Tür. Seine Botschaft: «Übernimmt selbst die Macht!»

KARAWANE. Nebenan, im Val-de-Marne, vertrauten die Wählenden der 28jährige Krankenschwester Mathilde Panot. Sie hatte die 2900 Unterstützerguppen der «Freien» aufgegleist und für Mélenchon eine Karawane durch die Unterschichtquartiere organisiert. Die lokale Verankerung ist ein Prinzip. Rund 500 der Kandidierenden in den 577 Wahlkreisen wurden durch offene Versammlungen bestimmt.

So hat sich La France insoumise, FI, wie sie nun offiziell heissen, in 16 Monaten zur führenden oppositionellen Kraft in Frankreich gemacht, weit vor der SP. Eine Zeitlang hofften sie sogar auf mehr. Mélenchon schrammte im April knapp an der Präsidenten-Stichwahl vorbei. Dann wäre «alles möglich gewesen», will Corbière glauben. Sogar ein Antikapitalist im Elysée-Palast.

Doch die Stärke der «Freien» liege gerade darin, sagt FI-Frau Clémentine Autain, dass «wir weder Partei noch Wahlverein sind, sondern eine breite Sammelbewegung aller Kräfte, die für die Emanzipation des Menschen streiten». Autain ist Mutter, Buchautorin, feministische Aktivistin und Chefredaktorin eines antikapitalistischen Blattes. Ihren neuen Job im Parlament will sie

Die Vision: die Verbindung von radikaler Demokratie mit politischer Organisation.

mit Verve verrichten. Aber die entscheidenden Dinge, sagt sie, geschehen anderswo: «Die neue Bewegung wächst in den Städten, in den Quartieren.» François Ruffin nickt. Der preisgekürnte Dokumentarfilmer der Arbeitswelt («Merci Patron!») hat in der deindustrialisierten Picardie in Nordfrankreich erfolgreich eine «Volksfront» von Gewerkschaften, Linken und Grünen gegen den rechtsradikalen Front national gebaut. Sein Abgeordnetengehalt will Ruffin auf den gesetzlichen Mindestlohn abspecken, eine «Volksjury» wird seine Arbeit im Parlament kontrollieren.

FI-Aushängeschild Mélenchon (sein Mitstreiter Eric Coquerel nennt ihn den «Büchsenöffner» in den Arbeiterquartieren) hatte schon bei seinem Austritt aus der SP 2008 erkannt, dass die klassischen Parteien am Ende sind. Doch auch seine Partei «Die Linke» und die bunte Koalition «Linke Front» kamen nicht recht vom Fleck. Dann brachte Nuit debout, die Bewegung, die 2016 Plätze besetzte, ein neues Element: die «tiefe Demokratie», die öffentliche Diskussion und die kollektive Entscheidung jenseits etablierter Organisationen. Das beflügelte die «Freien». Mélenchon, Autain, Ruffin und all die anderen wissen, dass sich auf der Strasse entscheiden wird, in der Mobilisierung gegen Arbeitsgesetz und Ausnahmestatus, ob ihre Vision Realität werden, radikale Demokratie mit politischer Organisation zu verbinden.



GENE DIE KORRUPTEN FINANZELITE: Podemos-Demonstration auf der Puerta del Sol in Madrid Ende Mai 2017. FOTO: REUTERS

Nach Portugal ist auch in Spanien eine Linkswende in Sicht Podemos ist auf dem Weg zur Macht

Ein Linksruck bei den spanischen Sozialisten könnte die Protestbewegung der Indignados an die Macht bringen.

RALPH HUG

Im Jahr 2011 fing es an. Auf der Puerta del Sol in Madrid erscholl der Ruf «Demokratie jetzt!». Die Protestbewegung der Indignados (die Empörten) machte weltweit Schlagzeilen. Sie prangerte die Sparpolitik an, aber auch Filz und Korruption der regierenden Parteien PP (Konservative) und PSOE (Sozialdemokraten). Inzwischen stehen die Empörten im Vorzimmer der Macht. Ihre Partei Podemos ist innert sechs Jahren zur drittstärksten Kraft aufgestiegen. Das alte Zweiparteiensystem aus der Zeit nach der Diktatur ist gesprengt.

Kaum ein Tag vergeht, an dem nicht der Mann mit dem Rossschwanz im TV zu sehen ist: Pablo Iglesias (38), Generalsekretär und Aushängeschild von Podemos. Der Politologe geisselt die «Kaste», wie er Spaniens korrupte Polit- und Finanzelite nennt. Iglesias tritt medienwirksam auf. Er hat sogar eine eigene TV-Show.

REBELLISCH. Vor dem Hintergrund der Dauerkrise und einer riesigen Jugendarbeitslosigkeit von 39 Prozent findet die scharfe Kritik Gehör. Bereits 2015 haben Podemos-nahe Bewegungen wichtige Städte übernommen. In Madrid regiert Ex-Richterin Manuela Carmena (73), in Barcelona die ehemalige Mieteraktivistin Ada Colau (43). Das Netz dieser «rebellischen Städte» will eine fortschrittliche

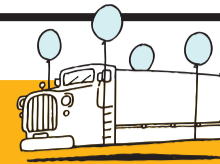
Politik durchsetzen. Gegen die Zentralregierung in Madrid. Die meisten Reformpostulate von Podemos sind noch unerfüllt. Die Macht der Banken ist unbeschnitten. Die Arbeitsgesetze sind

Podemos wurde innert sechs Jahren zur drittstärksten Partei.

nach schlechter als zuvor. Die Regierung unter Premier Mariano Rajoy (PP) geht gegen streikende Arbeiter und Gewerkschaften vor. Rajoy konnte sich bisher nur dank einem Patt halten. Die Sozialdemokraten waren nicht bereit, mit der radikalen Linken zusammenzuarbeiten. Nun aber scheint die PSOE zu kippen. Im Mai wurde Pedro Sánchez zum Parteichef ge-

wählt. Letztes Jahr war er noch als Generalsekretär zum Rücktritt gezwungen worden, weil er die Zusammenarbeit mit den Konservativen verweigerte. Gelingt eine Verständigung zwischen ihm und Iglesias, könnten die Tage Rajoy's gezählt sein. Die Chancen für einen Machtwechsel sind intakt.

VORBILD. Spanien würde dann dem Beispiel Portugals folgen. In Lissabon ist seit 2015 ein Dreiparteienbündnis aus Sozialisten, Kommunisten und Grünen an der Macht. Wie Syriza in Griechenland ist die Regierung unter António Costa zwar von EU-Geldgebern abhängig. Aber sie trotz mutig der aufgefuzzungen Sparpolitik, unter anderem mit einer Anhebung des Mindestlohns sowie einer Rentenerhöhung.



Post unter Strom: Poststellen abbauen – Autos für die Post bauen

Die Post in der Schweiz geht den Weg des geringsten Widerstands und praktiziert den Kahlschlag, anstatt in wegweisende Technologien zu investieren.

Die Schweizer Post geht inzwischen vielen auf den Keks. Flächendeckend werden Poststellen eingedampft. Neu müssen immer mehr Gemeinden zuerst die Dorfläden querfinanzieren und kurz darauf auch die Postagenturen in ihren Dorfläden betreiben.

DIGITAL, DEZENTRAL. Zugegeben: Wir alle schreiben und bekommen weniger Briefe. Umgekehrt nimmt die Flut der Pakete wieder zu. Weil zu viele von uns immer mehr über das Internet bestellen. Und erst noch einen schönen Teil der bestellten Waren retournieren. Die Arbeit geht den Pöstlerinnen und Pöstlern nicht aus, aber sie verändert sich. Mehr schwere Pakete, weniger federleichte Überseebriefe. Alle reden davon, dass man in der Zukunft auch zu Hause arbeiten könne. Home-Office ist das Stichwort. Warum in aller Welt können multifunktionale Postbeamtinnen und -beamte nicht in den von Stilllegung bedrohten Poststellen zwischendurch in ruhigen Zeiten digitale Arbeiten für das Unternehmen Post erledigen? Oder den künftigen, sich selbst steuernden Elektro-Fuhrpark der Post vor Ort betreuen?

Projektitel: digitale, dezentrale und mobile Post. Ist natürlich mit Aufwand und Weiterbildung verbunden, aber mit Arbeit, die sich zugunsten der Randregionen, kleiner Gemeinden

und der betroffenen Quartiere lohnen würde. Umso mehr, als sich die Post überall an guten Lagen befindet.

Noch gehen der Verwaltungsrat und das Management der Post den Weg des geringsten Aufwandes. Hunderte von Poststellen werden geschlossen, und neu müssen wir unsere eingeschriebenen Briefe beim von der Gemeinde subventionierten Volg aufgeben und abholen.

Die Gewinne für die Post, die Kosten für die Gemeinden und der Schaden für die Steuerzahlerinnen und Konsumenten. So haben sich das viele eigentlich nicht vorgestellt.

UMWELTFREUNDLICH. Wenden wir uns erfreulicheren Dingen zu. Die Universität Aachen, gelegen in der Nähe von Würselen, der Heimatstadt des SPD-Kanzlerkandidaten Martin Schulz, ist in Sachen Elektromobilität eine Schrittmacherin. Ein von der Deutschen Post übernommenes Start-up produziert erfolgreich Elektrotransporter. Nicht nur für die Deutsche Post, sondern auch für Private, die zum Beispiel tiefgefrorene Meeresfische mittels der umweltfreundlichen Streetscooter der ersten Generation zum Kunden karren.

Bereits in der zweiten Hälfte dieses Jahres erfolgt der zweite Paukenschlag: Auf der Basis des Kleintransporters Ford



WENDIG: Ein Streetscooter der Deutschen Post in freier Wildbahn. FOTO: DEUTSCHE POST

Transit will Streetscooter einen Lieferwagen mit 20 Kubikmetern Ladevolumen und mit einer unveränderten Reichweite von 80 Kilometern anbieten.

80 KILOMETER. Alle Leserinnen und Leser, die auf dem Bau arbeiten, wissen: Die meisten Lieferwagen legen pro Tag nie und nimmer 80 Kilometer zurück. Und auf jeder Baustelle hat es zudem Baustrom zum Nachladen. Genau auf dieses Marktsegment hat es die Deutsche Post mit der Universität Aachen im Rücken abgesehen. Die Produktionsweise: Streetscooter kauft fertig ent-

wickelte Komponenten Dritter. Das Chassis neu bei Ford. Der gesamte Antriebsstrang kommt von Bosch. Ohne Betrugssoftware. Batterien werden nicht zu viele eingebaut, damit man genügend Kilo zuladen kann und die Preise sich rechnen.

Die Streetscooter sollen dezentral produziert werden. Um so Arbeit vor Ort zu schaffen. Und unnötig lange Transportwege zu vermeiden. Somit alles anders als bei der traditionellen Autoindustrie. Und somit alles in allem ein spannendes Modell. Wir bleiben dran.

LINKS ZUM THEMA:

- streetscooter.de Die Website des Unternehmens könnte etwas aktueller und informativer sein.
- rebrand.ly/deutsche-post Die Deutsche Post will möglichst schnell alle ihre 50 000 Fahrzeuge auf Elektroantrieb umstellen. In den eigenen Fabriken sollen bereits nächstes Jahr 20 000 Fahrzeuge produziert werden.
- rebrand.ly/manager-magazin Für das deutsche «Manager-Magazin» ist offen, ob die ganze Sache nicht doch floppt.
- e-go-mobile.com/de/unternehmen/team/ In der Logik des Streetscooters will der Aachener Professor Günter Schuh einen kleinen Elektroflitzer für unter 13 000 Euro auf den Markt bringen.
- rebrand.ly/e_go Ein Video erklärt, wie Industrie 4.0 im dezentralen Autobau funktioniert.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: www.workzeitung.ch

INSERATE



syndicom: Gemeinsam engagiert, individuell betreut

syndicom ist die führende Gewerkschaft in den Branchen Post, Logistik, Telekommunikation, Informationstechnologie sowie Medien und zählt landesweit rund 34 000 Mitglieder. Wir setzen uns ein für die Rechte der Arbeitnehmenden und für eine soziale und weltoffene Schweiz (www.syndicom.ch).

Insgesamt beschäftigt syndicom rund 150 Mitarbeitende im Zentralsekretariat in Bern sowie in 17 Regionalsekretariaten in der ganzen Schweiz. Für den Hauptsitz mitten in der Stadt Bern suchen wir eine junge interessierte Persönlichkeit für eine Lehrstelle als

Kauffrau / Kaufmann (E-Profil) 2018

Als angehende/-r Kauffrau/Kaufmann erwarten Sie eine spannende Ausbildung in einem lebhaften und modernen Unternehmen. Während Ihrer dreijährigen Lehrzeit bieten wir Ihnen einen umfassenden Einblick in verschiedene kaufmännische Abteilungen und ein optimales Umfeld, in dem Sie das erworbene Wissen einsetzen und sich weiterentwickeln können.

Haben wir Ihr Interesse geweckt? Dann freuen wir uns auf Ihre Bewerbung inklusive Lebenslauf, Zeugniskopien aller Oberstufenschuljahre und Foto bis am 11. August 2017 per Post oder elektronisch an untenstehende Adresse. Auch bei Fragen wenden Sie sich bitte an:

Priska Zürcher, Verantwortliche Lernende, Telefon 058 817 18 18, priska.zuercher@syndicom.ch

syndicom Gewerkschaft Medien und Kommunikation, Zentralsekretariat, Monbijoustrasse 33, Postfach, 3001 Bern



Als Bildungsinstitut der Gewerkschaften des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB) bietet Movendo in der ganzen Schweiz Weiterbildungen für Mitglieder und Mitarbeitende der Gewerkschaften an.

Für den Bereich Bildung für Vertrauensleute sowie Mitglieder von Personalvertretungen und Stiftungsräten der Pensionskassen in der deutschen Schweiz suchen wir per sofort oder nach Vereinbarung

Ausbildungsleiterin / Ausbildungsleiter (80%)

mit folgenden Hauptaufgaben:

- Ausbildungsverantwortung für das Weiterbildungsprogramm
- Akquirierung, Konzeption, Organisation und Durchführung von Aufträgen im Bildungsbereich
- Bedarfsabklärung und Zusammenarbeit mit den Trägergewerkschaften und dem SGB
- Kursleitungstätigkeit (an verschiedenen Durchführungsorten)
- Zusammenarbeit und Koordination mit der Ausbildungsleitung in der französischen Schweiz
- Personalführung und Budgetverantwortung im Bereich

Wir erwarten

- Berufserfahrung in der Erwachsenenbildung
- solide Erfahrung in Konzeptarbeit und Projektmanagement
- sehr gute Deutschkenntnisse in Wort und Schrift
- gute Französischkenntnisse
- gute Informatikkenntnisse

Wir stellen uns eine Kollegin, einen Kollegen vor, die/der

- konzeptionell stark, eigeninitiativ und teamfähig ist
- gerne selbstständig arbeitet und Verantwortung übernimmt
- sich für Bildung im gewerkschaftlichen Umfeld interessiert und mit der Gewerkschaftsbewegung verbunden ist

Wir bieten

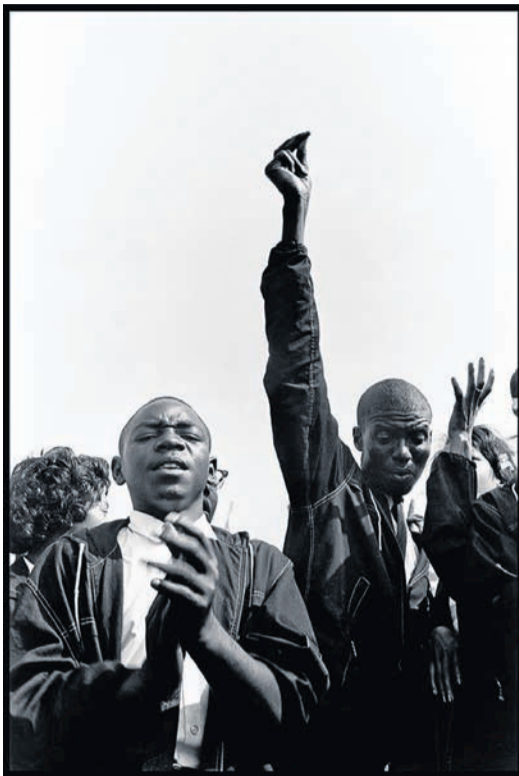
- eine vielseitige und interessante Bildungstätigkeit in einem kleinen kollegialen Team
- fortschrittliche Lohn- und Arbeitsbedingungen
- Arbeitsort ist Bern. Weitere Angaben unter www.movendo.ch.

Wir freuen uns auf deine kompletten Bewerbungsunterlagen bis 14. Juli 2017 an:

Movendo
Christine Goll, Institutsleiterin
Monbijoustrasse 61, 3007 Bern
christine.goll@movendo.ch
Für weitere Auskünfte: 079 501 20 70

Wo Gold den Glanz verliert.
Die Jagd nach Gold vertreibt Menschen von ihrem Land.
sehen-und-handeln.ch | PK: 60-707707-2

US-Fotograf Danny Lyon zeigt auch die hässlichen Seiten der Wahrheit Immer für die Underdogs



USA VON UNTEN: Aktivisten 1963 beim Marsch auf Washington (l.). Ein «Bikerider» quert 1966 in Louisville eine Brücke über den Ohio River. FOTOS: DANNY LYON/MAGNUM PHOTOS

Kaum jemand kennt den engagierten US-Fotografen Danny Lyon. Dank dem Fotomuseum in Winterthur ändert sich das jetzt. Endlich.

RALPH HUG
1962 fuhr Danny Lyon als 20-jähriger mit Autostop von New York nach Illinois. Im Gepäck dabei hatte er seine Nikon F, die damals beste Kleinbildkamera. Lyon sollte für ein Studentenmagazin die Bürgerrechtsproteste im Land fotografieren.

Die schwarze Minderheit beehrte auf. Sie hatte genug von Rassismus und Diskriminierung. Lyon fotografierte Proteste bei Swimmingpools, die nach Hautfarben getrennt waren, dann auch Sit-ins, Demos, Protestmärsche und Wahlrechtskampagnen. Der junge Fotograf von der Ostküste stand plötzlich im Brennpunkt der Ereignisse.

GASMASKEN UND GEWEHRE

Lyon fotografiert Polizeigewalt gegen Schwarze, schon lange vor der aktuellen «Black Lives Matter»-Kampagne: Behelmte Nationalgardisten.

Wie sie protestierende Afroamerikaner in den Würgegriff nehmen. Wie sie mit Gasmasken und Gewehren in Demos reinfahren. Er fängt die angstvollen Blicke vor aufgefanzten Bajonetten ein. Aber auch den Mut, für Gleichheit und Freiheit aufzustehen. Anlässlich des berühmten Marsches

Das andere Amerika im Blick

Der Fotograf Danny Lyon wurde 1942 in New York geboren. Neben der schwarzen Bürgerrechtsbewegung, Rockergangs und Landsleuten fotografierte er auch Strafgefangene und Aussenseiter, die Stadtzerstörung in Manhattan, den ländlichen Alltag im Süden der USA sowie mexikanische Farmarbeiter in Kalifornien, die oft illegal auf Obstplantagen chrapfen. In Bolivien und China nahm er ausgebeutete Arbeiter ins Visier. Zuletzt fotografierte er im Jahr 2011 die Proteste der Occupy-Bewegung an der Westküste. (rh)

auf Washington im August 1963 mit Martin Luther King gelang Lyon ein ikonischer Schnappschuss: Darauf zu sehen sind ernste, entschlossene Gesichter. Und dennoch klingt in dieser Fotografie der Sound der Hoffnung mit, symbolisiert mit einer hochaufragenden, fingerschnappenden Hand.

Lyon war zum Chronisten der Emanzipation geworden. Im tiefsten Süden fotografierte er, wie protestierende schwarze Teenager in einen Bunker eingesperrt wurden. Tage lang. Jahrzehnte später fotografierte er den Bunker erneut. Er wird so zu einem stummen Mahnmal des Rassismus.

DAS ECHTE LEBEN

Vor allem Subkulturen hatten es Danny Lyon angetan. Auch er selber stand abseits des Mainstreams. So legte er sich ein Motorrad zu, eine 650er-Triumph, und wurde Mitglied bei einem Töffclub in Chicago. Die «Bikeriders» suchten das echte, rauhe Leben. Wie Danny Lyon auch.

Seine Retrospektive im Fotomuseum Winterthur führt in die Abgründe der US-amerikanischen

Gesellschaft. Zum Beispiel in die texanischen Gefängnisse. Dort durfte Lyon hochhoffi ziell fotografieren und sogar filmen. Er lieferte bewegende Zeugnisse erniedrigter Existenzen ab. Und übte subtile Kritik an einem ar-

Danny Lyon wurde zum Chronisten der Bürgerrechtsbewegung.

chaischen Strafvollzug, der mehr auf Rache und Bestrafung aus ist als auf Resozialisierung.

Lyon hat zudem Portraits von Aussenseitern gedreht. Da ist der schon ziemlich angejahrte Inhaber eines Tätowierstudios. Dessen bevorzugte Klientel sind Soldaten, Prostituierte und verlorene Existenzen. Der Tattoo-Chef ist ein versoffener Typ, der vor der Kamera vor sich hinlabert und sich dabei selbst bekleckert. Macht nichts. Danny Lyon ist auf der Suche nach der Wahrheit. Mag sie auch noch so unschön sein.

Danny Lyon: **Message to the Future.** Ausstellung im Fotomuseum Winterthur. Bis 28. August.

Sommerlektüre I Im Nazi-Lunapark

Dieser Krimi spielt nicht in der Gegenwart, sondern im kriminellen Nationalsozialismus. Autor Volker Kutscher versammelt in seinem «Lunapark» zwielichtige Typen, die als hitlertreue SA-Männer ihre Geschäfte treiben. Bis einige von ihnen plötzlich umgebracht werden. Der Röhmputsch, mit dem Hitler einen unerwünschten Konkurrenten beseitigte, wirft seine Schatten voraus. Der Kommissar Gereon Rath wird mit der Aufklärung der Mordes betraut. Rath ist kein Nazi. Aber er muss mit lauter Nazis zusammenarbeiten. Seine Aufgabe, für Recht in Hitlers Unrechtsstaat zu sorgen, erweist sich als moralisches Dilemma, das für Spannung sorgt. Kutschers Roman lebt von der farbigen Schilderung der Berliner Unterwelt der 1930er Jahre und der harten politischen Kämpfe jener Zeit.

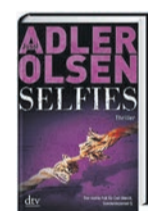
Volker Kutscher: **Lunapark.** Gereon Rath's sechster Fall. Kiepenheuer & Witsch, 560 Seiten, ca. Fr. 32.–.



Sommerlektüre II Tödliche Selfies

Auch im siebten Fall von Kommissar Mörrck und seinem schrägen Assistenten Assad wissen Fans des dänischen Krimiautors sofort, was Sache ist. Bestsellerautor Adler Olsen erkundet in seinem neusten Roman das Sozialamt als Ort explosiver Begegnungen. Im Zentrum steht die unzufriedene Sozialarbeiterin Anneli. Ihr gehen drei junge, konsumverliebte Frauen dermassen auf den Wecker, dass sie zu einer radikalen Lösung greift. Das fällt ihr umso leichter, als sie mit einer Krebsdiagnose lebt. Adler Olsen prangert in seinem jüngsten Krimi eine egozentrisch gewordene Welt an, in der sich die Menschen nur noch um sich selbst kümmern. «Selfies» bleibt mit seiner sozialkritischen

Note hart am Puls der Zeit.



Jussi Adler Olsen: **Selfies.** Der siebte Fall für das Sonderdezernat Q in Kopenhagen, dtv-Verlag, 576 Seiten, ca. Fr. 33.–.

work x 1 der wirtschaft

Hans Baumann



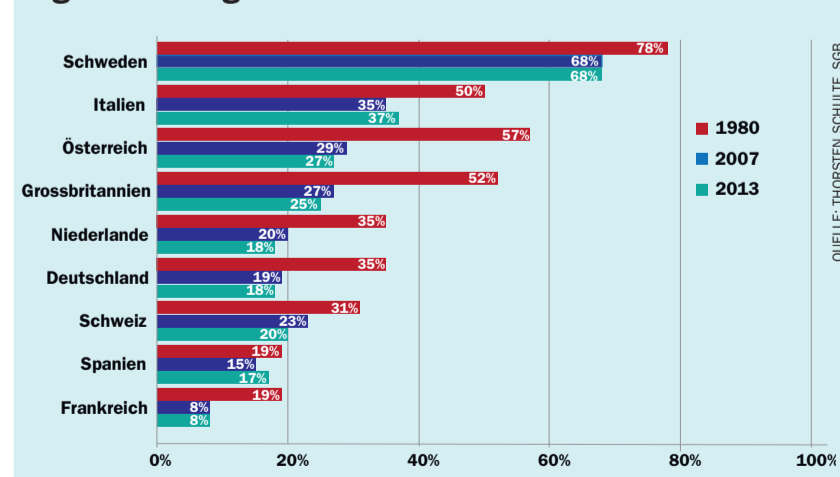
WENIGER MITGLIEDER, MEHR EINFLUSS: WIE LANGE GEHT DAS AUF?

Der gewerkschaftliche Organisationsgrad, also der Anteil der gewerkschaftlich Organisierten an der Gesamtzahl der Arbeitnehmenden, ist ein wichtiger Gradmesser für die Organisationsmacht und damit die Stärke der Gewerkschaften in einem Land. Im Vergleich zu 1980 haben Mitgliederzahlen und Organisationsgrad in allen europäischen Ländern abgenommen. Nur in wenigen Ländern war der Rückgang geringfügig, so etwa in Schweden, das hier stellvertretend für die anderen nordischen Staaten mit ähnlicher Entwicklung steht. In den meisten Staaten hat sich der Organisationsgrad fast halbiert, in der Schweiz ging er um ein Drittel zurück. Die grossen Mitgliederverluste erfolgten fast ausschliesslich vor der Wirtschaftskrise von 2007, also in den 1980er und 1990er Jahren. Seither hat sich der Organisationsgrad in den meisten Ländern auf einem tiefen Niveau stabilisiert. In Italien und Spanien nahm er sogar zu, so dass auch

schon von einem «Revival» der Gewerkschaften gesprochen wurde.

MEHR GAV. Die Stärke der Gewerkschaften misst sich nicht nur an der Organisationsmacht, sondern auch an ihrer «institutionellen» Macht, das heisst an ihrem Einfluss auf Gesetzgebung und Politik. Und hier schneiden die Gewerkschaften weit besser ab. Dies zeigt sich etwa darin, dass in den meisten westeuropäischen Ländern heute gleich viel oder sogar mehr Arbeitnehmende durch Gesamtarbeitsverträge (GAV) und Mindestlöhne geschützt sind als 1980. Dies geschah auf politischem Weg über eine gesetzliche Allgemeinverbindlichkeit der GAV in der Schweiz. Etwa infolge der flankierenden Massnahmen oder durch die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns wie in Deutschland. Dies trifft nicht für die von der Schuldenkrise besonders betroffenen Länder Portugal, Spanien und Griechenland sowie einige mittel-

Organisationsgrad der Gewerkschaften 1980–2013



und osteuropäische Staaten zu, wo es zu teilweise dramatischen Verschlechterungen der Arbeitsrechte und des sozialen Schutzes kam.

LANGFRISTIG. Der Einfluss der Gewerkschaften auf Institutionen und die

Gesetzgebung kann langfristig kaum gesichert werden, wenn es nicht gelingt, den Organisationsgrad zu erhöhen und so Aktionfähigkeit und Einfluss in den Betrieben sicherzustellen.

Hans Baumann ist Ökonom und Publizist.

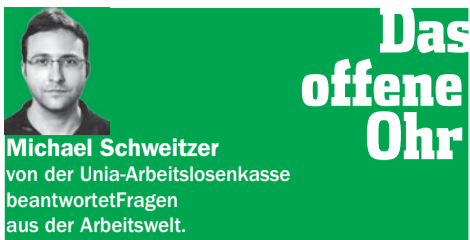
Erich Schmid's Filme Dok kritisch

Was kritische Dokumentarfilme sind, macht Erich Schmid mit seinem umfangreichen Gesamtwerk vor. Sein jüngster Film, «Staatenlos», über den Fotografen und linken Aktivisten Klaus Rozsa ist ein Stück Zeitgeschichte. Er beleuchtet auch die Jugendrebellion sowie die staatliche Repression und Polizeigewalt in Zürich. In «Er nannte sich Surava» porträtiert Schmid den unbequemen Publizisten Peter Surava, der im Zweiten Weltkrieg gegen die antisemitische Flüchtlingspolitik anschrieb und sich viele Feinde schuf. Und mit «Meier 19» erinnert er an jenen Zürcher Polizeibeamten, der eine Willkürpraxis publik machte und dafür abgestraft wurde. Schmid's Werke sind im Juli in einer Filmreihe in Zürich zu sehen.



Erich Schmid.

Ab 29. Juni jeweils um 12 Uhr mittags im **Kino Stüssihof im Zürcher Niederdorf** (Saal klimatisiert).



Das offene Ohr

Michael Schweitzer
von der Unia-Arbeitslosenkasse
beantwortet Fragen
aus der Arbeitswelt.

Fristlose Entlassung: Wer zahlt die Taggelder?

Nach mehreren Jahren im Betrieb hat mich mein Chef fristlos entlassen, da wir einige Differenzen hatten. Ich habe mich sofort beim Regionalen Arbeitsvermittlungszentrum (RAV) gemeldet und mit meinem Anwalt gegen die Entlassung geklagt. Bei der ersten Verhandlung beim Friedensrichter war auch die Arbeitslosenkasse dabei. Auch sie stellte eine Forderung gegenüber dem Arbeitgeber, nämlich den Betrag der Taggelder, der mir während meiner ordentlichen Kündigungsfrist von drei Monaten hätte ausbezahlt werden sollen. Können Sie mir diesen Vorgang erklären?

MICHAEL SCHWEITZER: Folgendes steckt dahinter: Es ist hier nicht klar, ob Ihre fristlose Entlassung gerechtfertigt war. Artikel 29 des Arbeitslosenver-



GESICHERT:
Auch wer fristlos entlassen wird, bekommt Taggelder.

FOTO: 123RF

sicherungsgesetzes sieht in solchen Fällen vor, dass die Arbeitslosenkasse den Betroffenen während der ordentlichen Kündigungsfrist eine Entschädigung ausbezahlt und diese dann beim Arbeitgeber einfordert. Das passiert automatisch und braucht keine Einwilligung Ihrerseits.

Der Gesetzesartikel hat den Zweck, einer plötzlich arbeitslos gewordenen Person zu jeder Zeit den Lebensunterhalt zu garantieren. Denn arbeitsrechtliche Verfahren können sich je nach Sachverhalt sehr lange hinziehen: In einem ersten Schritt versuchen die Parteien, vor dem Friedensrichter eine Einigung zu erzielen. Gelingt dies nicht, geht die Sache vor Gericht, und bis zu einem allfälligen Entscheid kann es bis zu einem Jahr oder sogar länger dauern.

Nach Konkurs: Bekomme ich in der Kündigungsfrist Geld?

Nach fünf Jahren Arbeit in einer Bäckerei stellte der Chef mich und all meine Kollegen von heute auf morgen auf die Strasse. Er könne aufgrund eines Konkurses die Löhne nicht mehr bezahlen. Ich habe mich sofort beim RAV und der Arbeitslosenkasse angemeldet. Jetzt, nach mehr als zwei Monaten, habe ich immer noch kein Geld von der Arbeitslosenkasse erhalten. Man teilte mir mit, es müsse zuerst eine Bestätigung über die Eröffnung des Konkurses vorliegen, um die Arbeitslosentaggelder während der ordentlichen Kündigungsfrist auszahlen zu können. Ist das korrekt?

MICHAEL SCHWEITZER: Nein, diese Auskunft ist nicht korrekt. In Konkursfällen mit sofortiger Auflösung des Arbeitsverhältnisses zahlt die Arbeitslosenkasse Taggelder auch während der ordentlichen Kündigungsfrist aus. In Ihrem Fall sollte sie das bereits seit zwei Monaten tun. In der Regel wird der Konkurs sofort eröffnet, es kann aber auch sein, dass dubiose Arbeitgeber einfach verschwinden. Für Sie spielt das keine Rolle: Ihr Chef hat das Arbeitsverhältnis fristlos aufgelöst, ohne dass sie daran irgendwelche Schulden tragen. Also haben Sie Anrecht auf Taggelder von der Arbeitslosenkasse. Diese muss den Betrag dann beim Arbeitgeber zurückfordern.

So suchen und finden Sie eine Stelle im Ausland

Die Schweiz im Rücken, die

Sie möchten im Ferienparadies arbeiten? Je nachdem, wo Sie hinmöchten, gibt es unterschiedliche Dinge zu tun.

SINA BÜHLER

Hat es Ihnen in Australien so gut gefallen, dass Sie gerne länger bleiben? Möchten Sie zu Ihrem Lebenspartner nach Dänemark ziehen? Oder möchte Ihre Firma Sie nach China versetzen? Für viele Schweizerinnen und Schweizer ist ein Job im Ausland ein grosser Traum. Einer, der dank vielen internationalen Abkommen gar keiner bleiben muss.

WOHIN GEHT'S?

Die Schweiz hat mit den Ländern der EU und der EFTA (Island, Norwegen, Liechtenstein) ein Abkommen über den freien Personenverkehr abgeschlossen. Damit sind die Lebens- und Arbeitsbedingungen für Schweizerinnen und Schweizer im Ausland gleich wie die der EU-Bürgerinnen und Bürger. Und es ist viel einfacher geworden, in ein anderes europäisches Land umzuziehen. Auf rebrand.ly/EU, der Website der Europäischen Kommission, finden Sie Antworten auf zahlreiche praktische Fragen. Hier können Sie auch Informationen zum Lohnniveau, zu Lebenshaltungskosten, Steuerfragen und Sozialversicherungen vergleichen.

Anders läuft es bei Staaten ausserhalb der EU, zum Beispiel den Ländern, die zum Commonwealth gehören, also ehemalige britische Kolonien sind. Mehrere von ihnen haben für die Vergabe von Arbeits- und Aufenthaltsbe-

Für Kanada, Australien und Neuseeland braucht's viele Punkte.

willigungen ein Punktesystem eingeführt. Dieses bevorzugt jene Berufsgruppen, die der lokale Arbeitsmarkt wirklich braucht. In Kanada sind das beispielsweise Bäcker, Pilotinnen, Bauleute, Webdesignerinnen und Personalfachleute. Sie bekommen ausserdem Punkte für Sprachkenntnisse, Aus-



WORKTIPP

EIDGENÖSSISCHER RATGEBER

Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten gibt mehrere Ratgeber zum Thema «Auswandern» heraus. Sie finden sie gratis und in drei Sprachen unter rebrand.ly/auswanderung.

bildung, Berufserfahrung und Ihr Alter: Je mehr Punkte Sie machen, desto eher kommen Sie zur Arbeitsbewilligung. Infos online:

- Kanada: www.cic.gc.ca
- Neuseeland: www.immigration.govt.nz
- Australien: rebrand.ly/australien

STELLENSUCHE

Am einfachsten finden Sie eine Auslandstelle, wenn Sie bereits in einer Firma arbeiten, die international tätig ist. Werden Sie in eine Filiale im Ausland entsandt, so ist es meist das Unternehmen, das sich um alle Formalitäten kümmert. Falls Sie selber einen Job

ABFLUG: Bevor Sie im Ausland arbeiten können, müssen Sie je nach Reiseziel mehr

finden müssen: Stellen in ganz Europa finden Sie auf Eures (European Employment Services), dem Portal der Europäischen Kommission (rebrand.ly/eures). Und die Auslandschweizerorganisation (Aso) hat ebenfalls mehrere Links, über die Sie einen Auslandsjob finden können: rebrand.ly/aso.

ARBEITSBEWILLIGUNG

Dank der Personenfreizügigkeit bekommen Sie als Schweizerin oder Schweizer problemlos eine Arbeits- und Aufenthaltsbewilligung in der EU. Details finden Sie auf rebrand.ly/schweizer-in-eu.

Für die Arbeitsbewilligung in den übrigen Ländern gilt: In vielen Staaten müssen die Arbeitgeber nachweisen, dass sie keine Inländer, keine Inländerin mit den glei-

chen Qualifikationen gefunden haben. Das macht es zwar schwieriger, ist aber auch eine Chance: Je qualifizierter Sie sind, desto einfacher geht's. Fremdsprachenkenntnisse, Berufsausbildung, Berufserfahrung, und Diplome sind Trumpf. Sobald Sie eine Stelle haben, kümmern sich meist die Unternehmen um Ihre Arbeitsbewilligung. Am besten schauen Sie sich zuerst die Informationen des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA) an. Für verschiedene Staaten gibt es eigene Dossiers: rebrand.ly/laenderinfo. Ist Ihr Wunschziel nicht auf der Liste, müssen Sie sich die Informationen direkt bei den betreffenden Behörden im Ausland zusammensuchen. Nicht alle Schweizer Berufsabschlüsse und



FLÜSSIGKEIT: Bei der Arbeit im Freien ist es besonders wichtig, sich vor der Hitze und den Sonnenstrahlen zu schützen. Viel Trinken ist ein Muss. FOTO: KEYSTONE

Fertig Schwitzen am Arbeitsplatz Aufgepasst: Der

Die sommerlichen Temperaturen vereinfachen die Arbeit nicht. Doch es gibt ein paar Tipps, die Ihnen die Arbeit bei über 30 Grad leichter machen.

SINA BÜHLER

Wenn uns morgens um sieben schon der Schweiß auf der Stirne steht, uns nachts sogar ein einfaches Leintuch zu warm ist und wir die Mittagspause am liebsten im Schwimmbad verbringen, ist die Arbeit nicht immer ein Vergnügen. Eine gesetzliche Temperaturgrenze, bei der wir hitzefrei bekommen, gibt es allerdings nicht. Der Entscheid liegt alleine in der Hand Ihrer Vorgesetzten. Im Gesetz hingegen steht, dass diese Ihrer Gesund-

heit Sorge tragen müssen. Dazu gehört auch, dass ein Arbeitsraum auf möglichst angenehme Temperaturen herunterkühlt sein muss.

Wenn Ihr Arbeitsplatz unerträglich heiss ist, sollten Sie mit der Chefin, dem Chef reden: Vielleicht können Ventilatoren, Klimageräte, ein kühlerer Arbeitsplatz oder ein Ver-

Es gibt kein Gesetz, dass «hitzefrei» direkt definiert.

schieben der Arbeitszeit auf die kühleren Morgenstunden organisiert werden. Das Gleiche gilt übrigens, falls die Klimaanlage die Arbeitsräume auf arktische Temperaturen herunterkühlt,

Fremde im Blick



UMZUG INS AUSLAND

DIE VORBEREITUNG

Wenn Sie ins Ausland ziehen, sollten Sie sich in der Schweiz abmelden. Ansonsten bleiben Sie steuerpflichtig, müssen Krankenkassenprämien bezahlen und Militärdienst leisten. Das Vorgehen variiert leider von Gemeinde zu Gemeinde. Erkundigen Sie sich bei der Einwohnerkontrolle Ihres Wohnorts nach den nötigen Unterlagen.

● **DOKUMENTE:** Vermutlich benötigen Sie Ihren Pass, die ID oder den Ausländerausweis. Sie müssen Ihr Familienbüchlein und das Dienstbüchlein griffbereit haben sowie manchmal Ihren Mietvertrag.

● **AUSWEIS:** Bei der Gemeinde bekommen Sie eine Abmeldebescheinigung, diese sollten Sie gut aufbewahren.

● **MILITÄR:** Wer militärdienstpflichtig ist, muss sich zwingend vom Dienst beurlauben lassen. Melden Sie sich bei Ihrem zuständigen Kreiskommando.

● **VORSORGE:** Erkundigen Sie sich, was mit den Sozialversicherungsbeiträgen passiert. Falls Sie in ein Land ausserhalb der EU ziehen, sollten Sie der freiwilligen AHV und IV beitreten. Das geht allerdings nur, wenn Sie zuvor mindestens 5 Jahre lang in die zweite Säule einbezahlt haben und die Schweizer, die EU- oder die EFTA-Staatsbürgerschaft haben. Mit diesen freiwilligen Beiträgen verhindern Sie eine Lücke, die später Ihre Rente reduzieren wird. Details finden Sie unter rebrand.ly/ahv.

● **PENSIONSKASSE:** Wer definitiv ins Ausland zieht, kann sich das Ersparnis aus der Pensionskasse auszahlen lassen. Damit verzichten Sie aber auf eine Altersrente. Erkundigen Sie sich bei Ihrer Pensionskasse nach den Möglichkeiten, wie Sie versichert bleiben können.

● **STEUERN:** Bis zu Ihrem Umzug sind Sie in Ihrer bisherigen Gemeinde noch steuerpflichtig. Erkundigen Sie sich beim Steueramt Ihrer Gemeinde. (sib)

dings erfüllt sein: Sie müssen zwischen 18 und 35 Jahre alt sein, den Schweizer Pass haben, eine abgeschlossene Berufsausbildung haben und Vollzeit arbeiten. Die entsprechende Stelle im Ausland müssen Sie zwar selber finden, das ist aber einfacher, wenn Sie angeben können, dass Sie sich selber um Ihr Visum kümmern werden.

Solche Stagiaire-Abkommen gibt es mit Argentinien, Australien, Chile, Japan, Kanada, Monaco, Neuseeland, den Philippinen, Russland, Südafrika, Tunesien, der Ukraine, den USA. Details finden Sie auf rebrand.ly/stagiaire.

Mit Frankreich besteht ein eigenes Abkommen, bei dem Sie sogar bei der Stellensuche unterstützt werden. Infos dazu gibt es auf rebrand.ly/stagefr.

Diplome werden im Ausland automatisch anerkannt. Einige Berufe, beispielsweise im Gesundheitswesen, sind sogar streng reglementiert. Was für Sie gilt, müssen Sie meist bei der zuständigen Behörde im Ausland in Erfahrung bringen. Informationen finden Sie beim EDA unter rebrand.ly/diplome.

STAGIAIRE-PROGRAMME

Junge Berufseinsteigerinnen und -einsteiger können ihre beruflichen Chancen am Anfang der Karriere steigern: mit einem Praktikum im Ausland. Die Schweiz hat mit mehreren Ländern Vereinbarungen für Stagiaire-Programme abgeschlossen. Damit kommen Sie leichter zu einer Einreise-, Aufenthalt- und Arbeitsbewilligung. Einige Bedingungen müssen aller-

oder weniger Aufwand betreiben, bevor Sie packen können. FOTO: KEYSTONE

saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».



ANDENKEN: Wenn die Erinnerung nicht reicht, kann man sich an seinen Fotos festhalten. Vorausgesetzt, man findet sie noch. FOTO: 123RF

So sichern Sie Ihre Ferienfotos zuverlässig

Wenn Ihnen in den Ferien die Kamera oder das Handy abhanden kommt, sind die Bilder verloren. Das Gleiche gilt, wenn das Handy kaputtgeht. Sichern Sie deshalb die Fotos regelmässig. Beispielsweise jeden Abend. Und so geht's:

Auf dem Laptop: Schliessen Sie Handy oder Kamera an und überspielen Sie die Bilder.

Speicherkarte: Kameras speichern die Bilder automatisch auf einer Karte. Ist das Gerät defekt, können Sie die Karte entnehmen und so die Bilder retten. Auch viele Android-Handys verfügen über einen Steckplatz für eine Speicherkarte. iPhones haben keinen solchen Steckplatz.

Mehrere Speicherkarten verwenden: Wechseln Sie die Karte ab und zu aus. Bei einem Verlust des Gerätes oder einer defekten Speicherkarte sind so nicht sämtliche Fotos verloren.

In die Cloud kopieren: In einem Internetspeicher sind die Fotos gesichert, selbst wenn das gesamte Gepäck gestohlen wird. Viele moderne Kameras verfügen über einen WLAN-Anschluss. Damit können Sie die Fotos drahtlos aufs Handy laden. Die meisten Kamerahersteller bieten dafür eine App an. Laden Sie dann die Bilder vom Handy in eine Cloud, etwa Dropbox oder Google Drive. Dafür brauchen Sie ihre App. Apples iCloud können Sie in den iPhone-Einstellungen aktivieren. Vorsicht: Clouds eignen sich nicht für vertrauliche Dateien. MARC MAIR-NOACK

Wechseln Sie die Speicherkarte ab und zu aus.

offene Kühlschränke heizt

so dass Sie sich mitten im Sommer erkälten. Reden Sie mit Ihren Vorgesetzten und fordern Sie eine Anpassung der Temperatur.

NACHTS LÜFTEN. Was Sie selber tun können, ist ein vernünftiger Umgang mit der Sonneneinstrahlung. Lassen Sie tagsüber die Fenster geschlossen. Mitten im Sommer ist es draussen viel heisser als drinnen. Nur nachts und am Morgen früh ist es umgekehrt, und Sie sollten in dieser Zeit lüften. Lassen Sie am Tag die Rollläden herunter oder ziehen Sie die Vorhänge, um eine direkte Sonneneinstrahlung auf Ihren Arbeitsplatz zu vermeiden. Aber passen Sie auf: Wird der Raum so dunkel, dass Sie künstliches

Licht anmachen müssen, kann eine heisse Lampe den Kühleffekt wieder zunichte machen.

Gleiches gilt bekanntlich für den offenen Kühlschrank. Obwohl Sie im ersten Moment den Eindruck haben, dass die kühle Luft hilft, rächt sich das sofort: Der Kühlschrank braucht nun viel mehr Energie und damit Abwärme, um wieder herunterzukühlen. Darum sollten Sie im Büro auch alle Geräte abschalten, die Sie gerade nicht benötigen, und zwar völlig. Selbst im Ruhemodus geben sie nämlich Wärme ab.

LUFTIGE KLEIDER. Passen Sie auch Ihre Kleidung an die Temperaturen an. Das heisst nicht, dass Sie möglichst wenig Stoff tragen sollen. Das ist am Arbeits-

platz nicht nur unangemessen, es nützt auch nicht wirklich viel. Achten Sie vielmehr darauf, dass Sie nur natürliche Materialien tragen, die kühlend wirken: Seide, Leinen oder sogar Merinowolle. Und passen Sie im Sommer Ihre Essgewohnheiten an: Vermeiden Sie Fettiges, essen Sie leicht, trinken Sie viel. Mindestens zwei bis drei Liter Wasser, Tee oder verdünnten Fruchtsaft sollten es täglich sein. Wichtig: Stürzen Sie die Getränke nicht eiskalt herunter. Sonst schwitzt der Körper, um den Schock auszugleichen.

Passen Sie auch Ihr Essen den hohen Temperaturen an.

platz nicht nur unangemessen, es nützt auch nicht wirklich viel. Achten Sie vielmehr darauf, dass Sie nur natürliche Materialien tragen, die kühlend wirken: Seide, Leinen oder sogar Merinowolle. Und passen Sie im Sommer Ihre Essgewohnheiten an: Vermeiden Sie Fettiges, essen Sie leicht, trinken Sie viel. Mindestens zwei bis drei Liter Wasser, Tee oder verdünnten Fruchtsaft sollten es täglich sein. Wichtig: Stürzen Sie die Getränke nicht eiskalt herunter. Sonst schwitzt der Körper, um den Schock auszugleichen.

HITZE AUF DEM BAU

VORSICHT IM FREIEN

Wer auf dem Bau arbeitet, sollte Haut, Kopf und Augen speziell vor der aggressiven Sonne schützen. Und auch die Chefs müssen alle notwendigen Massnahmen ergreifen, um die Arbeit zu erleichtern: etwa Sonnensegel aufstellen, Sonnencreme und Wasser verteilen sowie häufige Pausen im Schatten ermöglichen. Für Arbeiten auf dem Bau gibt es Unia-Tipps: rebrand.ly/hitzeunia.

Stiftinnen und Stifte fragen – die Unia rät Achtung Sommerjob!

Ich komme jetzt aus der Schule und würde über den Sommer gerne arbeiten, bis ich meine Ausbildung beginne. Worauf muss ich achten?

« Bei Sommerjobs ist wichtig zu wissen, dass Du, wie alle Arbeitnehmenden unter 18 Jahren, noch dem Jugendschutz unterstellt bist. Das heisst, es gelten spezielle Bestimmungen zu Deiner Arbeitszeit. Bist Du zwischen 15 und 18 Jahre alt, darfst Du nicht mehr als neun Stunden pro Tag arbeiten, inklusive Überstunden und obligatorischen Kursen. Deine Firma muss Dich auch dann gegen Unfälle versichern, wenn sie Dich nur wenige Wochen lang anstellt. Solltest Du mehr als acht Stunden pro Wo-



Lena Frank, Jugendsekretärin.

che arbeiten, dann deckt die Versicherung sowohl Berufs- als auch Nichtberufsunfälle ab. Bei weniger als acht Stunden deckt sie nur Berufsunfälle. Auch bei einem Sommerjob hast Du ein Anrecht auf Ferien. Bis zu Deinem 20. Geburtstag sind das fünf Wochen im Jahr. Wie viel bezahlte Ferien Du erhältst, hängt von der Dauer der Anstellung ab. Sind es beispielsweise drei Monate, dann hast Du das Recht auf 1,25 Wochen Ferien. Wenn Du die nicht als Ferientage beziehest, bekommst Du sie als Lohn ausbezahlt: und zwar mit Zuschlag. Bis zu Deinem 20. Geburtstag sind es 10,64 Prozent zusätzlich zu Deinem Lohn. Wenn Du weitere Fragen zum Thema hast, melde Dich beim Unia-Sekretariat Deiner Region. »

Hast auch Du eine Frage an die Unia-Jugendsekretärin? Schreib an lehre@unia.ch

workrätsel

Gewinnen Sie eine Hotelübernachtung!



Das Viersternehotel Bern liegt zentral, fünf Gehminuten vom Bahnhof und 130 Meter vom City parking Metro entfernt. Sehenswürdigkeiten wie der Zytgloggeturm und das Berner Münster befinden sich in unmittelbarer Nähe. Gewinnen Sie eine Übernachtung für zwei Personen im Doppelzimmer mit reichhaltigem Frühstücksbuffet.

LÖSUNG UND GEWINNER AUS NR. 11
Das Lösungswort lautet: ENERGIEZIELE



DEN PREIS, eine Übernachtung für zwei im Hotel Flora Alpina in Vitznau LU, hat gewonnen: Peter Rössli, Hünenberg See ZG. Herzlichen Glückwunsch!

warum das Klima nicht dies ist, sagt work	Grundbestandteil	beständig, andauernd	dort gibt's viele Zus.brüche (work)	steigende Kurse (Börse)	Verteidigungsbündnis	sumpfähnliches Gelände	Teil des Oberkörpers	Gebirge i. Südost-europa	er arbeitet viel im Wald	do, re, mi, so, la - was fehlt denn da?	Schnaps aus Wacholder
↳				Zwergstaat in den Pyrenäen				Beute		7	
kurz f. Ladeeinheit		schneefrei	Strasse in Portugal	9		Bombardier, der ...bauer (work)	Abk. f. Mailingliste	ferner, kurzum	Apfelsaft	Fluss entlang den Anden	
↳				einer wie die Sonne			sie sind typisch für Fische			11	
Eisen ist eines	3	ein Postamt, knapp	Internetadresse v. Senegal	franz.: sich		norwegischer Braunkäse	ein Natriumsalz				drittgrößte Stadt Frankreichs
Lebensbund			kleine Mahlzeiten	Verabredung, wie man heute sagt	8	grosse dt. Partei	die Brenn... ist eine Pflanze				
engl.: es		sein Fleisch ist beliebt			bestimmter Artikel		Editorial wünscht ein besseres ...	der Test in Sachen Zellen		sie schmilzt, titelt work	
↳		Tresor	P.t = Stehtisch	so sein, um dabei zu sein	sagen Schweizer f. Kneipe			er verteidigt z.B. Leute	Anaconda an diese Ruoff		2
delikate kleine Süßigkeit		der Start für genau die Initiative (work)			kleine Internetadresse f. Bermuda		«Tisch» d. Schmieds	berühmtes Gift			
↳					Grundmuster	europ. Autokennzeichen	Gebetsende		K.i = Schreibzeug		anwidern
Parlament d. Staates Israel	Blattader	Raummass für Holz	1	besitzanzeigendes Fürwort	ein Thema im Tessin			Gilet für Deutsche			
↳						engl. f. Roggen (y = i)	CH-Partei	und anderes, aber in Kürze	kl. griech. Insel nördl. von Kreta	dieses Marino ist Enklave in Italien	
berühmter franz. Weichkäse		wertvoll				Realgymnasium Abk.	internat. Notrufzeichen	Hülsenfrucht		12	
↳				Fürst in islam. Ländern		Kürzel f. Parkinson-Syndrom		nicht tonal			
Temporäre haben schlechtere (work)		10					5	sie ist auch ein Schwein	er arbeitet auf der Alp		

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----

Lösungswort einsenden an: work, Postfach 272, 3000 Bern 15, oder per E-Mail: verlag@workzeitung.ch
Einsendeschluss 11. August 2017

INSERAT

AHV stärken – Renten sichern!

Ende September stimmen wir über die Altersvorsorge 2020 ab. Sie stärkt die AHV als wichtigstes, solides und solidarisches Sozialwerk der Schweiz und sichert die Renten.

- Die Reform bringt bessere AHV-Renten: Wer künftig in Pension geht, erhält pro Jahr bis zu 2712 Franken (Ehepaare) bzw. 840 Franken (Alleinstehende) mehr.
- Sie stellt die AHV auf solide finanzielle Füße und sichert ihre Finanzierung.
- Sie verbessert die Stellung von Teilzeitarbeitenden in der 2. Säule – davon profitieren insbesondere viele Frauen.
- Sie schützt ältere Arbeitnehmende: Wer ab 58 seine Stelle verliert, darf nicht mehr aus der Pensionskasse ausgeschlossen werden.

Wirtschaftsverbände und rechtsbürgerliche Parteien bekämpfen die Vorlage vehement. Sie möchten die solidarisch finanzierte AHV schwächen und das Rentenalter für alle auf 67 Jahre oder mehr erhöhen.

Stärken wir die AHV und erteilen den Abbauplänen der Arbeitgeber eine klare Absage. Helfen Sie mit bei der Abstimmungskampagne und melden Sie sich bei Ihrer Unia-Region!

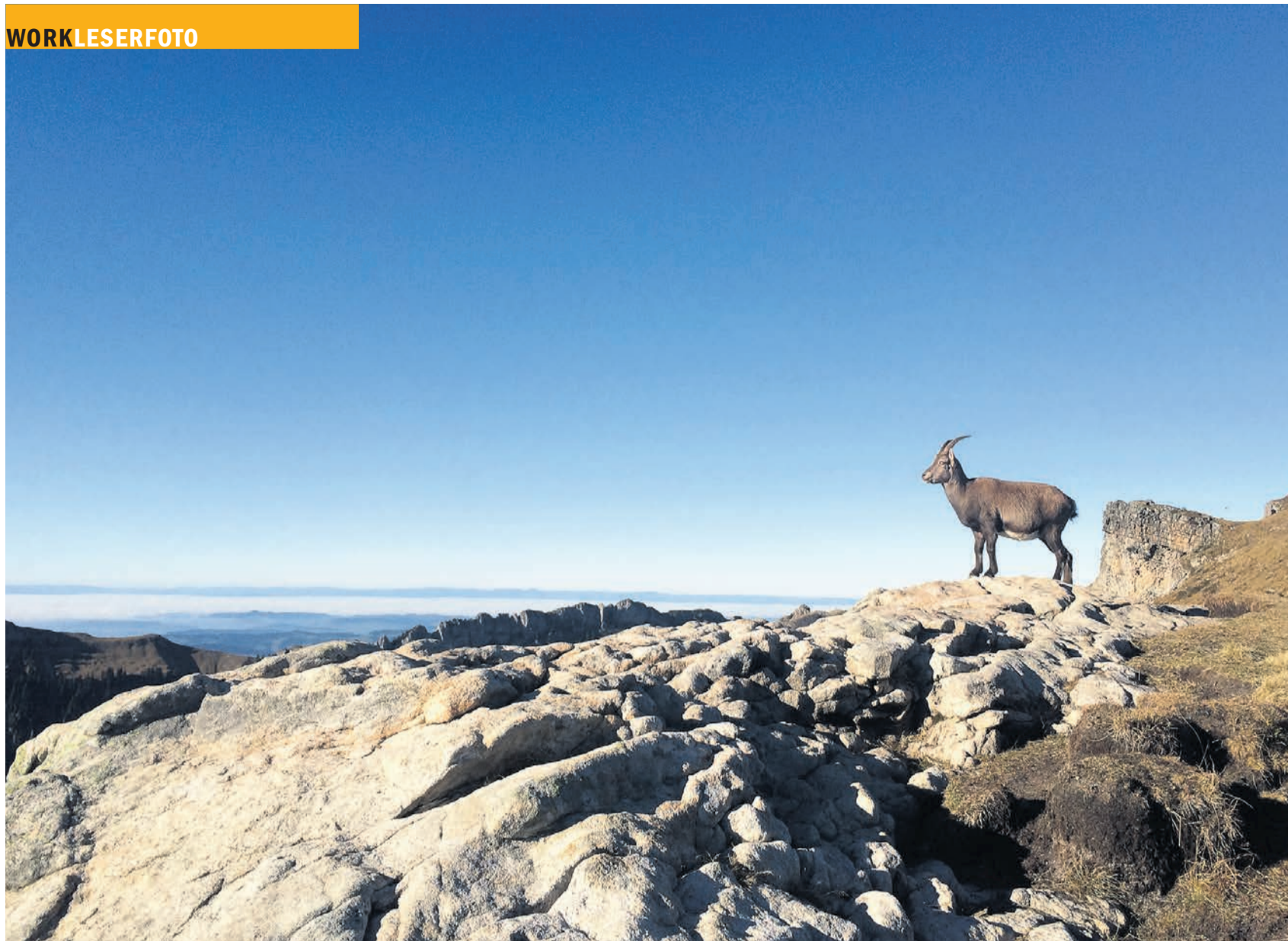
Infos zur Altersvorsorge: www.unia.ch/AV2020

JA zur Rentenreform am 24. September

UNIA



WORKLESERFOTO



WORKFRAGE VOM 16. 6. 2017

Sollen die Pflegenden in der Spitalführung mitreden können?

DIE LOGIK DES UMVERTEILENS

Ich denke, die Fragestellung beinhaltet einen Irrtum. In der Regel glauben viele, dass eine Pflegenden in der obersten Leitung, am besten noch mit einem Masterabschluss, die Interessen der wirklich Pflegenden vertrete. Dies ist das Ständedenken der diplomierten Berufszugehörigen, hat aber nichts mit Vertretung zu tun.

Derzeit sind Pflegenden in der Leitung «Vorgesetzte». Sie wurden von oben ausgewählt und den Berufsbereichen vor die Nase gesetzt. Dabei ist weniger wichtig, ob sie Pflegenden sind, als dass sie die betriebswirtschaftliche Logik des Umverteilens (sprich: Sparsen) und der Effizienzsteigerung umsetzen.

Wer sich dieser Logik unterwirft, hat gute Chancen, Vorgesetzte oder Vorgesetzter zu werden. Ob sich dies für die direkte Arbeit der Pflegenden günstig auswirkt, bleibt zumindest offen.

HERBERT EGGS, PFLEGEFACHMANN UND PERSONALVERTRETER, RIEHEN BS

Dert äne am Bärgli ...

WANN 2. November 2015

WO Berner Oberland

WAS Steingeiss auf dem Weg vom Niederhorn zum Gemmenalphorn

Eingesandt von Béatrice Bieri, Oberhofen BE

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben.

Senden an redaktion@workzeitung.ch, Betreff «Leserfoto»

GEHT GAR NICHT!

Warum genau die Insel-Leitung diesen Entscheid gefällt hat, will sich mir einfach nicht erschliessen. Es liegt doch auf der Hand, dass die Ärztinnen und Ärzte nicht per se die gleichen Interessen haben wie die Pflegenden. Und ich kann mir nicht vorstellen, dass ein Vertreter der Ärzteschaft im Streitfall einen Entscheid gegen die Götter in Weiss und für das Pflegepersonal trifft.

Letztlich gibt es für einen solchen Beschluss nur einen Kommentar: Geht gar nicht! Ich hoffe, dass die Spitalleitung doch noch zur Besinnung kommt und ihre Meinung ändert. Nicht nur im Interesse der Pflegenden im Insepsital, auch im Interesse der Patientinnen und Patienten, die sich dort pflegen lassen (müssen).

CARMELA INEICHEN, BERN

WORKPOST

SAC-Hütten müssen Gastrovertrag einhalten Der GAV gilt auch auf 3000 Metern ü. M.

Wer in einer Hütte des Schweizer Alpenclubs angeht, genießt den Schutz des Gesamtarbeitsvertrags für das Gastgewerbe.

RALPH HUG

Sie wollten eine Extrawurst. Weil doch eine Hütte hoch oben auf dem Berg kein normales Hotel sei: So argumentierte der Schweizer Alpenclub (SAC) in seiner Einsprache gegen die Allgemeinverbindlichkeitsklärung des Landes-Gesamtarbeitsvertrags für das Gastgewerbe. Doch mit diesem Anliegen ist der Club beim Bundesrat abgeblüht.

SCHWARZMALEREI. Mauro Morretto, Gastroverantwortlicher bei

heuert, um politisch Stimmung gegen den GAV zu machen. Der erklärte Gewerkschaftsfeind malte den Tod der Berghütten an die Wand, falls diese den Gastrovertrag einhalten müssten.

Dabei ging es dem Club weniger um die Mitarbeitenden als ums Geschäft. Mit seinen 152 Berg-

Der SAC wollte sich mit politischer Hilfe der SVP-Fraktion aus der Verantwortung stehlen.

betrieben macht der SAC viel Geld. 7,4 Millionen Franken flossen im letzten Jahr aus den insgesamt 316.000 Übernachtungen in seine



GELDMASCHINEN: Mit seinen Hütten macht der SAC 7,4 Millionen Franken Umsatz (im Bild die Terrhütte in Graubünden). FOTO: KEYSTONE

WORK 11 / 16. 6. 2017: DER GAV GILT AUCH AUF 3000 METERN Ü. M.

Keine Geldmaschinen

Sie stellen in Ihrem Artikel den Schweizer Alpenclub (SAC) und seine Hütten als reine «Geldmaschinen» dar. Auch mir liegt eine faire Behandlung der Hüttenangestellten am Herzen, aber ich kann sagen, dass ich keinen Hüttenangestellten kenne, der sich über seine Anstellungsbedingungen beklagt. Ich habe einige Freunde und Kollegen, die in einer Hütte arbeiten oder gearbeitet haben. Oft sind es junge Leute, die auf solchen Hütten helfen. Für sie ist das eine schöne Erinnerung. Ich bin selber in der SAC-Sektion Pilatus, und bei uns ist zurzeit die Sanierung der Hüfihütte im Gange. Das Geld für die Instandstellung kommt nicht aus den «Geldmaschinen». Wir mussten den Mitgliederbeitrag erhöhen, um die Sanierung zu finanzieren.

DAVID B. HEER, PER MAIL

WORK 11 / 16. 6. 2017: DIE SBB STOPPEN DEN DEAL MIT UBER

Uber gehört vor Gericht!

Ich denke, dass wir gegen den Dumpingfahrdienst Uber keine Chance haben, solange hochbezahlte CEO von staatsnahen Betrieben sich nicht für Gerechtigkeit und andere wichtige Prinzipien unserer Verfassung und Kultur einsetzen. Tausende von Taxifahrerinnen und -fahrern werden in unserem Land von der illegal und vom Ausland aus agierenden Firma Uber mit Dumpingpreisen in den Konkurs getrieben. Da müssten unsere Staatsanwälte, Behörden und Politiker sofort eingreifen: die Uber-App sperren und Uber-Fahrer vor die Gerichte zitieren! In Zürich, Basel, Genf und anderen Städten werden mittlerweile schon etwa 50 Prozent aller kommerziellen Personentransporte mit Personewagen von der Firma Uber in Auftrag gegeben. Von den übrigen

Aufträgen gehen etwa die Hälfte an illegale Taxis. Den regulären, konzessionierten Taxis bleibt noch etwa ein Viertel des Umsatzes, den sie hatten, bevor Uber in den Markt eingestiegen ist.

CHRISTOF ZELLWEGER, TAXIFAHRENER, ZÜRICH

WORK 10 / 2. 6. 2017: DIE OFFIZIELLE GEISSENZÄHLEREI IST EINE HOCHPOLITISCHE SACHE

Statistik der Arbeit

Bereits in den 1990er Jahren eröffnete ich meine Seminare für Vertrauensleute und Personalvertretungen mit einer kleinen Umfrage. Die erste Frage lautete: «Meine Arbeit gefällt mir.» Die zweite: «So wie ich arbeiten muss, das gefällt mir.» Und weitere drei: «Ich bin in einer guten Firma», «Ich habe einen guten Chef» und «Meine Firma ist gut organisiert». Die Teilnehmenden mussten die Hand hochheben, wenn sie überzeugt Ja sagen konnten.

Die Ergebnisse glichen sich von Seminar zu Seminar: Mehr als 80 Prozent waren mit ihrer Arbeit zufrieden, jedoch knapp ein Drittel noch mit den Umständen, wie sie arbeiten mussten. Diese «selbstgemachte» Statistik untermauerte das, was wir als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter wissen, nämlich dass die Arbeitenden mit ihrer Arbeit zufrieden sind, jedoch nicht mit den Arbeitsbedingungen. Das work-Dossier zeigt es eindrücklich: In der Schweiz wissen wir zwar, wie viele Kühe Milch geben und wie viele Rinder den Wahnsinn hatten, wenn es aber um statistische Daten über das Wohlergehen der Werk tätigen geht, dann hapert es.

BRUNO BOLLINGER, PENSIONIERTER AUSBILDER VON VERTRAUENSLEUTEN UND PERSONALVERTRETUNGEN, ERSTFELD UR

WORK 10 / 2. 6. 2017: DIE KARRIEREPAUSE FÜR MEHR KARRIERECHANCEN

Sprachenvielfalt ist ein Plus

Die Sprachenvielfalt, ein grosses Plus der Schweiz, sollte von jung auf gepflegt werden. Seien wir stolz auf unsere kulturelle Lebendigkeit und pflegen wir sie! Schade, wenn Deutschschweizer, die mit Weltschweizer, nur noch in verschweizertem Englisch sprechen. Schüler- und Lehreraustausch, Ferien im Welschland und Praktika könnten helfen. Unsere Wirtschaft verlangt geographische Flexibilität. Es ist schlecht, wenn eine Pfarrersfamilie, die aus unserem Dorf ins Bernbiet umgezogen ist, Französisch-Nachhilfeunterricht für die Kinder organisieren muss.

MARTIN A. LIECHTI, MAUR ZH

workwort

Fliege

Sagt die eine Fliege zur anderen: «Trägst du gerne eine Fliege?» – «Nein, lieber einen Bart», surrt die andere und stürzt direkt ins Fliegengitter: «Autsch! Mein Kopf, meine Flügel!» Meint die eine: «Wohl nie auf der Fliegenschule gewesen, was?» Und die andere: «Das heisst nicht Fliegenschule, das heisst Flugschule.» Die eine: «Papperlapapp! Und übrigens meine ich die Fliege am Hals, nicht die unter der Nase. Wie bei Martin Ebner!» Runzelt die andere die Stirn: «Bei Claude Longchamp, der kürzlich die Fliege gemacht hat?» Verdreht die eine die Augen: «Ja, ja, auch bei Donald Duck, Winston Churchill, Hercule Poirot, bei Wolfgang Schüssel, und und und. Du Flugpilz, jetzt sag schon, trägst du gerne eine Fliege?» – «Es heisst Fliegenpilz, Du Klugscheisser, Fliiiiiiiigenpilz!», zischschsch die andere und fliegt davon.

THOMAS ADANK

Ihre Vorschläge zum «workwort» sind gefragt. Herausforderungen an unseren Autor senden Sie bitte an redaktion@workzeitung.ch, Betreff «workwort».

**ISABELLA MITRUCCI
STOLZE
ITALIENERIN**

Die Lehre machte Isabella Mitrucci (* 1978) als Verkäuferin bei Coop. Danach war sie zuerst arbeitslos, fand dann eine Temporärarbeit in einer Guetslifabrik. Es folgten Stellen an einer Tankstelle und im Aussendienst einer Kosmetikfirma, bis sie 2000 ihren jetzigen Job annahm.

AUSWÄRTS. Die Singlefrau geht gerne mit Freundinnen auswärts essen, am liebsten mexikanisch «oder natürlich italienisch». In Italien ist sie geboren, kam aber schon mit 18 Monaten in die Schweiz. Obwohl sie hier aufgewachsen ist, will sie sich, zumindest im Moment, nicht einbürgern lassen. «Ich bin stolze Italienerin», sagt sie, «das stimmt so für mich.» (che)



Beim Onlinehändler Brack.ch kümmert sich **Isabella Mitrucci (39)** um zurückgeschickte Geräte

«Die Chinesen flicken wirklich fast alles»

Sie hat nur mit kaputten Sachen zu tun. Trotzdem mag Isabella Mitrucci ihre Arbeit.

CHRISTIAN EGG | FOTOS MICHAEL SCHÖCH

Festplatten, Kaffeemaschinen, ferngesteuerte Autos: Was Isabella Mitrucci in die Finger nimmt, ist kaputt. Die Kundinnen und Kunden haben es zurückgeschickt, weil es während der Garantiefrist den Geist aufgab. Oder gar nie funktionierte. Mitrucci: «Mein Job ist es, die Geräte an die Hersteller weiterzuleiten.»

Ihr Arbeitgeber ist Brack.ch, einer der grössten Onlinehändler in der Schweiz. Elektronik macht den Hauptteil des Sortiments aus, es gibt aber auch Kinderkleider,

Gartenmöbel und Sportartikel. Rund 500 Angestellte hat das Unternehmen, 350 von ihnen arbeiten am Hauptsitz im aargauischen Mägenwil, wo auch Isabella Mitrucci ihren Arbeitsort hat.

TEURE PAKETE. Zwischen 60 und 100 Retoursendungen bearbeitet sie pro Tag. Brack hat mehrere Hundert verschiedene Lieferanten. Bei einigen kann sie die Ware an eine Schweizer Vertretung senden, bei anderen direkt in die Werke nach Deutschland, Belgien, Grossbritannien und China. Wobei sie nicht wegen jedes USB-Sticks ein separates Päckli macht. Denn: «Ein Paket nach China kostet rasch einmal 400 bis 500 Franken.»

In der Regel reparierten die Hersteller die defekten Geräte, sagt Mitrucci. Vorbildlich seien die chinesischen Firmen: «Die flicken wirklich fast alles! Das hat mich am Anfang überrascht.» Allerdings dauere es, bis ein Gerät aus China zurückkomme, bis zu drei Monate. In solchen Fällen bekomme der Kunde von Brack ein neues Gerät, damit er nicht so lange warten müsse. «Schliesslich wollen wir zufriedene Kundenschaft», sagt Mitrucci, ganz Dienstleisterin. Das reparierte Gerät verkaufe Brack später günstiger, als «Börsenartikel».

KAPUTTE HANDYS. Direkten Kontakt mit den Kundinnen und Kunden hat sie eher selten, «im Schnitt vielleicht einmal pro



MÄGENWIL RETOUR: Am Brack-Hauptsitz im Aargau kümmert sich Isabella Mitrucci um Retouren von ferngesteuerten Autos bis zu defekten Festplatten.

Tag». Der Klassiker sei ein fallen gelassenes Handy mit einem Sprung im Display: Das decke die Garantie nicht ab. Meist teilt Mitrucci dann der Kundin per Mail mit, dass sie für den Schaden selber aufkommen müsse. Da könne es schon vorkommen, dass jemand hässig anrufe. Mitrucci: «Dann muss ich cool und freundlich bleiben.» Was ihr meist auch gelinge: Nicht selten entschuldigten sich die Leute am Schluss des Gesprächs für ihren anfangs rüden Ton. «Das finde ich richtig rührend», sagt sie.

Trotzdem ist sie froh, dass sie nicht mehr den ganzen Tag das Telefon abnehmen muss. «Das tat ich am Anfang sechs Jahre lang. Heute hätte ich wohl die Nerven nicht mehr dafür», sagt die 39-jährige. Seit 17 Jahren macht sie jetzt den Job. Zuerst beim Elektronik-Grosshändler COS Distribution, 2006 wurde der von Brack aufgekauft. Für die Angestellten sei das schwierig gewesen, erinnert sich Mitrucci: «Der Lohn war tiefer als vorher, und viele hatten Angst vor der Zukunft.» Vor allem aber gab es bei der alten Firma einen 13-Monatslohn, bei Brack noch nicht. Doch gegen diesen Rückschritt wehrte sich die Belegschaft – mit Erfolg: Schon nach kurzer Zeit lenkte Brack ein. Seither zahlt auch Brack den Angestellten den Dreizehnten.

SEIT DER LEHRE. Auch sonst seien die Bedingungen gut: Für ihr 100-Prozent-Pensum arbeite sie 42 Stunden pro Woche, aber mit Gleitzeit, «das ist super: Wenn ich mal einen Termin habe, informiere ich meine Kolleginnen und Kollegen und kann ohne Probleme schon um vier gehen.» Zudem schätze sie, dass ihr Chef immer ein offenes Ohr für Vorschläge habe: «Er hört mir zu, und vieles davon setzt er auch um.»

Gewerkschafterin ist sie seit der Lehre. Zuerst beim Smuv, heute bei der Unia. Sie nimmt auch immer wieder an Demos teil, etwa in Bern. Auch ihrem Bruder Raffaele zueube, der in Olten das Unia-Büro leitet. «Ich hoffe, ich werde die Gewerkschaft nie brauchen», sagt sie und schiebt gleich nach: «Holz anlangen!» Aber es sei beruhigend, eine «Rückendeckung» zu haben für den Fall, dass es Probleme gebe mit dem Arbeitgeber.

Dann wendet sie sich zwei defekten Festplatten zu. Man müsse schon ein gewisses Flair haben für die Technik, um hier zu arbeiten, sagt sie. «Aber das heisst nicht, dass ich zu Hause immer das Neueste haben muss», sagt sie. «So weit geht es dann doch nicht.»

**Sozialabbauer? Lohndumper?
Jobvernichter? work nennt die Namen.
Angriffig, kritisch, frech.**

work abonnieren.
Für nur Fr.36.– im Jahr
jeden 2. Freitag direkt ins Haus.

Vorname/Name _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Telefon/E-Mail _____

work, Abodienst, Postfach 272, 3000 Bern 15. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft **Herausgeberin** work, Gewerkschaft Unia **Verlag und Redaktion** Weltpoststrasse 20, 3000 Bern **Postadresse** Postfach 272, 3000 Bern 15 **Telefon Verlag und Redaktion** 031.350 24 18 **Fax** 031.350 24 55 **E-Mail Verlag** verlag@workzeitung.ch **E-Mail Redaktion** redaktion@workzeitung.ch **Internet** www.workzeitung.ch **Redaktion** Marie-Josée Kuhn (Chefredaktorin), mariejoseekuhn@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Oliver Fahrni, oliverfahrni@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Sabine Reber, sabinereber@workzeitung.ch; Christina Scheidegger (stv. Chefredaktorin, Produktion), christinascheidegger@workzeitung.ch **Mitarbeit an dieser Nummer** Thomas Adank, Hans Baumann, Sina Bühler, Peter Stäuber, Michael Stötzel, Clemens Studer, Lotta Suter **Gestaltung/Layout** Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Tom Hänsel **Korrektur** Urs Remund **Sekretariat** Mirka Grossenbacher (Mo–Mi, Fr), verlag@workzeitung.ch **Anzeigenmarketing** Cebece GmbH, Weberstrasse 66, 8134 Adliswil, Telefon 044 710 19 91, 044 709 19 20, anzeigen@workzeitung.ch **Druck** Tagblatt Print, Im Feld 6, 9015 St. Gallen **Abonnement** Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– **Abodienst** Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031.350 24 18, abo@workzeitung.ch **Auflage** 92906 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.